



Waiblingen Lebenswert 2009

Ein liberales Programm für eine lebenswerte Heimat

**FDP – DIE LIBERALEN
Ortsverband Waiblingen**

**Auf Basis und in Ergänzung zum Rahmenprogramm der FDP
Baden-Württemberg zur Kommunalwahl 2009**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 3
Kurzprogramm	Seite 5
Effiziente Verwaltung und kommunale Pflichtaufgaben	Seite 9
Kommunale Finanzpolitik	Seite 10
Kommunale Wirtschaftspolitik	Seite 13
Sicherheit auf kommunaler Ebene	Seite 15
Energie und Umwelt	Seite 17
Mobilitätspolitik	Seite 20
Gesundheit und medizinische Versorgung	Seite 25
Baugebiete, Altbauggebiete, Nachverdichtungen	Seite 26
Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen	Seite 28
Bürgerbeteiligung und -mitwirkung; Bürgerrechte	Seite 29
Gesellschaftspolitik im demographischen Wandel	Seite 31
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Seite 33
Kindeswohl	Seite 35
Seniorinnen und Senioren	Seite 37
Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	Seite 38
Bildung, Ausbildung, Weiterbildung	Seite 40
Ehrenamt	Seite 44
Vereine	Seite 45
Kommunale Sportpolitik	Seite 47
Freiwillige Feuerwehren	Seite 48
Kommunale Kulturpolitik	Seite 50
Tourismus	Seite 51

Einleitung

Vielfalt und Lebensfreude bedingen einander in Waiblingen. Die „junge Stadt in alten Mauern“ verfügt über eine einzigartige Mischung von Jung und Alt, von vital-urbanem und doch auch ländlich-erholsamen Lebens; eine Vielfalt der Möglichkeiten und eine Vielfalt der Lebensformen. Die Vielfalt Waiblingens zeigt sich in der Mischung von Handel, Gewerbe und Industrie ebenso wie im kulturellen Leben und den sportlichen Aktivitäten. Und nicht zuletzt zeigt sich die Vielfalt auch im Reiz der unterschiedlichen Stadtteile und Ortschaften.

Der Lebenswert dieser Stadt ist ihr wahres Aushängeschild. Hier ist gut sein, gut leben, gut arbeiten – diese positive Botschaft kann als selbstbewusstes Profil der Stadt auch nach außen getragen werden, darf aber ebenso bei den Waiblinger Bürgerinnen und Bürgern als Bestätigung und weiterer Ansporn ihres Engagements für ihre Stadt gelten. Diese Stadt kann und darf stolz auf den hohen Lebenswert sein.

Der Erhalt und die weitere Stärkung dieses Lebenswertgefühls muss Grundlage der kommunalen Politik der Zukunft sein. Politik und Verwaltung können diese Vision fördern und gestalten. Doch es sind die Waiblinger Bürgerinnen und Bürger selbst, die sie täglich neu mit Leben erfüllen.

Die Basis des Zusammenlebens in Waiblingen sollte das Bewusstsein der Mit- und Selbstverantwortung sein. Gelebte Solidarität der Bürgerinnen und Bürger trägt maßgeblich zum Lebenswertgefühl in dieser Stadt bei. Eine Stärkung des bürgerschaftlichen Geistes des Miteinanders und füreinander soll immer mehr Waiblinger dazu anregen, sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einzusetzen.

Mehr eigenverantwortliches Handeln der Bürger und Bürgerinnen, die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit und eine eigenständige, stärkere kommunale Selbstverwaltung sind Zielvorstellungen für eine lebendige Gesellschaft emanzipierter, mündiger Bürger unter dem Motto „Waiblingen Lebenswert“.

Die Vielfalt und Eigenständigkeit der Ortsteile Waiblingens und die Verwurzelung der dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger sind ebenfalls ein Teil des Lebenswertgefühls dieser Stadt. Im Sinne der Subsidiarität bilden die Ortschaftsräte dort ein wichtiges Gremium zur Willensbildung und der Interessenvertretung gegenüber der Gesamtstadt. Niemand weiß besser über die Umstände in einem Ortsteil Bescheid, als die dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger. Dies sollte jedoch keinesfalls in Gegensatz zu einem die Ortschaften und die Kernstadt verbindenden Gemeinsinn stehen. Die Verantwortung, die man auch als Teil für das Ganze trägt, darf trotz der wünschenswerten Verwurzelung und Willensbildung in den Ortschaften nicht übersehen

werden. Deshalb sind „Insellösungen“ zu vermeiden und die für die Gesamtbevölkerung vorteilhaftesten Wege vorzuziehen. Ein Beispiel hierzu ist die gemeinsame Nutzung kommunal finanzierter Einrichtungen, Räume oder Sportstätten auch über die Ortschaftsgrenzen hinweg. Dieses entlastet den Haushalt nicht nur von Investitions- und Folgekosten, sondern stärkt auch das „Wir“-Gefühl aller Bürgerinnen und Bürger in Waiblingen.

Waiblinger Kommunalpolitik sollte sich zur Aufgabe machen, zur Unterstützung des Lebenswertgefühls möglichst große Gestaltungsräume für diejenigen zu schaffen, die ihr Leben und ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen können und wollen. Sie sollte Eigeninitiativen von Kindern und Jugendlichen bei der Suche nach ihrem künftigen Standort in der Gesellschaft fördern; sie sollte die Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung eines Umfeldes für ein Leben in Eigenständigkeit unterstützen.

Das Waiblinger Lebenswertgefühl beinhaltet aber auch das Bewusstsein, dass hier die Allgemeinheit diejenigen unterstützt, die wegen ihrer Lebensumstände Hilfe brauchen, um in der Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung darf kein Hinderungsgrund für den Zugang zum Lebenswertgefühl in Waiblingen sein.

Zur Kommunalwahl 2004 fasste die FDP Waiblingen erstmals ihre Vorstellungen und Ziele für eine lebenswerter Heimatstadt in einem eigenen Programm unter dem Motto „Waiblingen Lebenswert“ zusammen und stellte sich damit der politischen Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürger in Waiblingen und ihren Vertretern in Verbänden, Parteien und Verwaltung. Auf die Erfahrung und erfolgreiche Arbeit unserer Gemeinderäte bauend und mit Unterstützung von zahlreichen ebenso fachkundigen wie engagierten Liberalen aus der Bürgerschaft soll dieses Programm nun fortgeschrieben werden und dazu beitragen, den Lebenswert unserer Stadt weiterhin zu sichern, neu zu gestalten und zukunftsfähig auszubauen.

Waiblingen, 06.04.2009

Kurzprogramm

Effiziente Verwaltung

Fokussierung auf kommunale Kernaufgaben als Weg zu einer schlanken Verwaltung. Klare Zielsetzungen zur Personaleffizienz, Erschließung von Rationalisierungspotentialen und Auslagerung von Aufgaben an günstigere private Unternehmen.

Kommunale Finanzpolitik

Fortlaufendes Controlling zur zielgenauen Umsetzung des Stadtentwicklungsplans. Antizyklische Ausgabenpolitik zur Förderung der heimischen Wirtschaft in Krisenzeiten, aber auch konsequenter Schuldenabbau in Zeiten sicherer Finanzausstattung.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Mittelstandsförderung zur Sicherung wohnortnaher Arbeitsplätze. Belebung der Innenstadt unter Einbeziehung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Sicherung wohnortnaher Versorgung in allen Ortsteilen durch standortangepasste Raumplanung.

Sicherheit auf kommunaler Ebene

„Hinsehen und Einmischen statt Wegschauen und Schweigen!“ Sicherheit und Kriminalprävention als bürgerschaftliche Herausforderung für die Gesamtheit der Gemeinde. Bekämpfung der Jugendkriminalität als besonderer Schwerpunkt.

Energie und Umwelt

Ökologisch orientierte Marktwirtschaft für nachhaltige Wertschöpfung und lebenswertes Wohnumfeld. Kommunales Energiemanagement als Vorbild für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Stadtwerke mit Kundenähe statt Abhängigkeit von Großversorgern.

Mobilitätspolitik

Kein „Nordost-Autobahnring“! Stattdessen eine schnell zu realisierende Nordostverbindung weitgehend auf vorhandenen Straßen und Priorität auf die Entlastung Hegnachs. Mehr Mittel für bedarfsgerechte Erhaltung und Sanierung der Verkehrswege.

Gesundheit und medizinische Versorgung

Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in allen Ortsteilen und in der Kernstadt. Eine schnelle und hochwertige Notarztversorgung muss auch nach Schließung des Krankenhauses Waiblingen gesichert bleiben.

Baugebiete, Altbauggebiete, Nachverdichtungen

Ausweitung des Baukindergelds auf alle Neubauf Flächen. Anpassung der Preise für städtische Baugrundstücke auf ein marktfähiges, attraktives Niveau. Vorrangige Aktivierung von Brachflächen und Baulücken.

Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen

Nachhaltige Planung statt punktuellen Aktionismus durch einen nach Prioritäten und Dringlichkeit gegliederten Sanierungskatalog. Kostenbewusstsein, Planungsgenauigkeit und Prozesscontrolling müssen verbessert werden.

Bürgerbeteiligung und -mitwirkung; Bürgerrechte

Im Sinne der Subsidiarität ist eine Wahrnehmung örtlicher Interessen in Bürgerinitiativen, Stadteiforen und „runden Tischen“ unbedingt wünschenswert. Direkte Demokratieelemente sollen verstärkt in die Kommunalpolitik einfließen.

Gesellschaftspolitik im demographischen Wandel

Das Zusammenleben der Generationen unter dem Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme als Grundpfeiler der Gesellschaftspolitik. Der demographische Wandel als Chance für innovative Ideen und bürgerfreundliche Konzepte.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Echte Wahlfreiheit für Eltern bei frühkindlicher Betreuung. Schaffung eines den Umständen der sich stetig verändernden Arbeitswelt entsprechenden Betreuungszeitenangebots. Entwicklung der Ganztagesmodell.

Kindeswohl

Größtmögliche Transparenz in der Kinder- und Jugendbetreuung. Präventive Beratung und Fürsorge muss bereits vor einem Eingriff durch Jugend- bzw. Sozialamt stehen. Schutz und Kindeswohl als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Seniorinnen und Senioren

Nutzen der Lebenserfahrung der Seniorinnen und Senioren als wichtige Know-How-Ressource zur Gestaltung und Fortentwicklung des Gemeinwesens. Entwicklung und Erhalt von Pflege- und Betreuungseinrichtungen in allen Ortschaften.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

„Leben miteinander statt nebeneinander.“ Bauliche und soziale Ghettosituationen müssen vermieden werden. Auch Frauen mit Migrationshintergrund sollen ermutigt sein, sich verstärkt in den politischen Dialog der Gesellschaft einzubringen.

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

Sanierung der Bildungsstätten für ein angemessenes Lernumfeld als Voraussetzung zum schulischen Erfolg. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung im Kindergarten schaffen gute Startbedingungen für alle Kinder.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement als verbindendes Element der Bürgerschaft. Anerkennungskultur für freiwillig geleistete Arbeit muss von allen gesellschaftlichen Gruppen verinnerlicht werden. Ehrenamtsbörsen auch an Schulen und in Jugendhäusern.

Vereine

Transparente Regeln der Vereinsförderung und verlässliche Rahmenbedingungen für ein langfristiges Engagement. Vereinsübergreifende Kooperationen führen zu Synergien und effizienter Nutzung städtischer Räumlichkeiten.

Kommunale Sportpolitik

Förderung und Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen zugunsten des Breitensports. Vereinssport als wichtiger Baustein zur Integration. Erhalt und Ausstattung der schulischen Sportstätten müssen gesichert bleiben.

Freiwillige Feuerwehren

Gefahrenabwehr, Rettung und Schutz durch die freiwilligen Feuerwehren kann nur dann auf hohem Niveau gesichert sein, wenn auch der Selbstschutz der Retter durch hochwertige Ausstattung gewährleistet ist.

Kommunale Kulturpolitik

Die Kulturförderung sollte integraler Bestandteil der Kommunalpolitik sein und muss von überproportionalen Kürzungen bei Haushaltssanierungen verschont bleiben. Privates Mäzenatentum kann und soll auch im Kleinen beginnen.

Tourismus

Waiblinger Tourismuspolitik darf nicht an den Stadtgrenzen halt machen: Verflechtung mit dem Umland statt Insellösungen. Erschließung des Markts für Tagungen und Kongresse. Waiblingen als „Hauptstadt und Herz des Remstals“.

Effiziente Verwaltung und kommunale Pflichtaufgaben

Die aktuelle Lage

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung noch große Anstrengungen zu unternehmen. Noch gibt es zu viele freiwillige kommunale Leistungen, die finanzielle Mittel und Personal dauerhaft binden. Die kommunalen Möglichkeiten, Aufgaben auf Private zu übertragen, werden vielerorts nicht ausreichend untersucht und genutzt. Dies können z.B. Pflegedienste von Straßen und Grünanlagen, Vervielfältigungen, Hausmeistertätigkeiten, kommunale Bestattungen sein. Manche Städte und Gemeinden erkennen noch nicht, dass kommunale Aufgaben mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung auch durch Private oft besser wahrgenommen werden können.

Libérale Grundsätze

Ein Ziel der FDP zur schlanken Verwaltung ist die Reduzierung von Aufgaben auf unabdingbare Kernaufgaben, die aufgrund ihres hoheitlichen Charakters nicht auf Private übertragen werden können. Die FDP ist der Überzeugung, dass z.B. Gärtnereien, Bestattungsunternehmen, Vermessungsämter oder Kantinen nicht von den Kommunen betrieben werden müssen. Ob freiwillige kommunale Leistungen ihren angedachten Zweck noch erfüllen, ob sie zeitgemäß sind und ob das Verhältnis von Personal- und Kostenaufwand noch im angemessenen Nutzwert steht, muss regelmäßig überprüft werden. Die Einführung neuer freiwilliger Leistungen sollten mit einem Fristablauf versehen werden. Eine große Vielzahl freiwilliger kommunaler Leistungen liegt in der Unterstützung der Tätigkeit von Institutionen, Vereinigungen und freien Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik, im kulturellen Bereich und in der Umweltpolitik. Hier ist sicherlich auch eine regelmäßige Überprüfung der freiwilligen Leistungen geboten, allerdings sollte beachtet werden, dass viele Beziehungen zum Ehrenamt bestehen und solche freiwilligen Leistungen bereits im Grenzbereich zur Pflichtaufgabe sind. Die FDP fordert, alle kommunalen Leistungsbereiche dahingehend zu untersuchen, ob sie auf Private übertragen werden können. Kommunale Privatisierungsbeiräte oder Strukturkommissionen können zielführende Weichen auf dem Weg zu schlanken Verwaltungen sein.

Zur Situation in Waiblingen

Obwohl die Bevölkerungszahl seit Jahren mehr oder wenig unverändert ist, steigt die Zahl der Mitarbeiter in der Verwaltung stetig. Selbst die Verlagerung der Schwimmbadaktivitäten an die Stadtwerke hat sich dabei nicht positiv ausgewirkt. Ganz im Gegenteil, von 2007 auf 2009

ist der Personalbestand erneut um knapp 9 Prozent angewachsen. Ein deutliches Bemühen, sich mit dem Anwachsen des Personalbestands und den damit verbundenen Konsequenzen für den Verwaltungshaushalt auseinander zu setzen, ist nicht zu erkennen.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert, dass der Verweis auf Städte mit noch höheren Personalausstattungen bei vergleichbarem Profil aufhören muss. Die Benchmark für Waiblingen müssen vielmehr jene Kommunen sein, die es geschafft haben, mit weniger Mitarbeitern eine effiziente Verwaltung zu organisieren. Um das Ziel einer schlanken Verwaltung zu erreichen, ist ein Aktionsplan mit klaren Zielsetzungen zur Personaleffizienz und Erschließung von Rationalisierungspotentialen sowie kritischer Prüfung, wo eine Auslagerung von Aufgaben an günstigere private Unternehmen möglich ist, aufzulegen. Den im jährlichen Revisionsbericht aufgezeigten Potentialen für eine schlankere Verwaltung und Möglichkeiten zur Kostensenkung muss größere Beachtung geschenkt werden.

Kommunale Finanzpolitik

Die aktuelle Lage

Das kommunale Steueraufkommen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Dies gilt sowohl für die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wie für den kommunalen Anteil an der Einkommensteuer und genauso für die Anteile am Steueraufkommen des Landes, die den Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich zufließen. In der überwiegenden Zahl der Fälle war es den Kommunen möglich, Rückstände bei der Sanierung und Modernisierung öffentlicher Infrastruktur in Teilen abzubauen, vermehrt Schulden zu tilgen oder Rücklagen für Zeiten schwächerer konjunktureller Entwicklung zu bilden. Der Schuldenstand der baden-württembergischen Kommunen, je Einwohner im Vergleich der Bundesländer ohnehin der niedrigste, konnte verringert werden. Gleichwohl ist die Finanzlage der Kommunen nicht stabil: Trotz einer anerkanntswerten Beteiligung von Land und Bund haben die Kommunen den Hauptteil des Ausbaus der Kinderbetreuungsangebote für Kinder im Alter von unter drei Jahren zu tragen. Die Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten im Rahmen von Hartz IV bleibt weit hinter der zugesagten Entlastung zurück. Die gesetzlichen Sozialleistungen insbesondere im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die die Kreishaushalte betreffen, steigen kontinuierlich an, ohne dass nennenswerte Steuerungsmöglichkeiten bestünden. Aufgrund dieser Sachlage wirkt sich ein Abschwächen der Konjunktur innerhalb kurzer

Zeit auch auf die Leistungsfähigkeit der kommunalen Haushalte aus. Wachsende Aufwendungen für Sozialleistungen, denen kein steigendes Steueraufkommen mehr gegenübersteht, können von den Kreisen nur über eine Erhöhung der Kreisumlage aufgefangen werden. Höhere Kreisumlagesätze und verringerte Einnahmeerwartungen der Gemeinden schwächen die Investitionskraft der Kommunen und führen erneut zur Zurückstellung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur, die aus ökonomischen wie ökologischen Gründen gerade nicht zurückgestellt werden dürften.

Liberale Grundsätze

Wir treten ein für eine kommunale Haushaltswirtschaft, die einen Haushaltsausgleich grundsätzlich ohne Kreditaufnahmen erreicht. Wir wollen in wirtschaftlich guten Zeiten Konjunkturausgleichsrücklagen bilden, die es erlauben, die kommunalen Investitionen im konjunkturellen Abschwung zu verstetigen, statt der wirtschaftlichen Entwicklung hinterher zu sparen. Sind ausnahmsweise Kreditaufnahmen erforderlich, sind sie von vornherein mit einem verbindlichen Tilgungsplan zu versehen. Wir treten ein für eine konsequente energetische Sanierung kommunaler Infrastruktur z.B. im Bereich von Schulen, Sporthallen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit Hilfe von Zuschüssen oder zinsverbilligten Darlehen von Bund und Land rechnen sich viele dieser Maßnahmen. Wir wollen auf diesem Weg bis 2030 eine 40%ige Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen bei kommunalen Liegenschaften erreichen. Dabei setzen wir auch auf die Umsetzung von Contracting- und PPP-Modellen¹. Um kostenintensive Schwerpunktsetzungen wie beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kleinkinder finanzieren zu können, ohne den Gesamthaushalt einer Gemeinde zu überfordern, treten wir ein für eine konsequente Aufgabenkritik: alle Bereiche kommunaler Betätigung müssen daraufhin überprüft werden, wie eine rationellere Aufgabenerledigung möglich ist, ob Aufgaben an Dritte (z.B. freie Träger, private Unternehmen) übertragen werden können und welche Aufgaben entfallen können. Wir treten – auch auf Bundes- und Landesebene – dafür ein, aus der Tatsache, dass die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen keine Unterabteilung der Sozialhilfe ist, mit der man die Kommunen getrost allein lassen kann, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe, die weiter an Bedeutung gewinnen wird, endlich Konsequenzen zu ziehen: Bund und Länder haben sich gleichgewichtig am Aufwand der Eingliederungshilfe zu beteiligen. Wir treten dafür ein, dass sich die Kommunen rechtzeitig auf das neue kommunale Haushaltsrecht vorbereiten, dessen

¹ PPP - Modell (Public Private Partnership)

Es handelt sich um eine Öffentlich – Private – Partnerschaft, im vorliegenden Fall zwischen Kommune und privater Wirtschaft. Die private Wirtschaft übernimmt öffentliche Aufgaben in der Form einer Teilprivatisierung. Gängige Anwendungsfelder sind dabei die Generalsanierung von Straßen und Brücken, Neubau oder Sanierung öffentlicher Gebäude oder die Erschließung neuer Baugebiete. In der Regel leisten die Kommunen gegenüber dem privaten Träger einen Teilbeitrag zu den Investitionskosten sowie auf Jahre angelegte Abzahlungsraten.

Anwendung In Bezug auf die kommunale Doppik² spätestens 2016 verbindlich wird. Mit dem Übergang von einer bisher zahlungsorientierten zu einer ressourcenorientierten Haushaltswirtschaft muss zugleich eine deutliche Verbesserung der Steuerungskompetenz der Kommunen und eine größere Transparenz des Haushalts- und Rechnungswesens für die Bürgerschaft und den Gemeinderat verbunden sein. Bedenklich ist es unter liberalen Aspekten, dass immer wieder, durch Forderungen von Bund und Land, Aufgaben von Städten und Gemeinden wahrgenommen werden müssen, deren Kostendeckung vor Ort durch fehlende Beachtung des Konnexitätsprinzips³ der Bundes- und Landesebene nicht gewahrt ist. Die FDP-Landtagsfraktion hat das Konnexitätsprinzip durch Änderung der Verfassung und durch eine ergänzende Ausführungsgesetzgebung in Baden-Württemberg deutlich verankert und verschärft.

Zur Situation in Waiblingen

Nach wie vor ist Waiblingen von dem Erreichen des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts weit entfernt. Der Finanzplanungsentwurf 2009 befürchtet eine mögliche Entwicklung des Schuldenstands von 18,6 Millionen Euro ab 2009 auf 58,1 Millionen Euro ab 2013, also eine Verdreifachung des Schuldenbergs innerhalb der nächsten vier Jahre. Insbesondere auch die Personalausgaben sollen dabei erheblich steigen, ohne dass bisher erkennbar ist, wie dieser Entwicklung entgegen gesteuert werden soll.

Die regelmäßig wiederkehrenden Haushaltsreste übersteigen seit Jahren einen tolerierbaren Umfang und deuten auf eine strukturelle Inkongruenz zwischen Planungsansatz und tatsächlicher Durchführbarkeit sowie unbefriedigender Abstimmung zwischen Gemeinderat und Verwaltung hin.

Oberbürgermeister Andreas Hesky hat in seiner Haushaltsrede am 18.12.2008 angekündigt, dass Waiblingen mit einem eigenen Konjunkturprogramm der drohenden Rezession entgegen wirken will. In wie weit sich dies auf den Haushaltsplan 2009 auswirken wird, liegt jedoch noch im Dunkeln.

² Doppik

Kaufmännisches Rechnungswesen mit "doppelter Buchführung in Konten". Geschäftsvorfälle führen zu Buchungen auf zwei Konten, im Gegensatz zur seitherigen Kameralistik der öffentlichen Verwaltung, die nur Einnahmen und Ausgaben nachweist, ohne den Werteverzehr zu erfassen. Zugleich Synonym für das neue Rechnungswesen der öffentlichen Verwaltung als Gesamtkonzept, einschließlich der Grundsätze, Bewertungsregeln etc., die die Doppik der Privatwirtschaft an die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung anpassen.

³ Konnexitätsprinzip

„Wer Maßnahmen oder Vorhaben bestellt oder veranlasst, muss diese auch bezahlen“; das Konnexitätsprinzip ist an die Stichworte „Aufgabenverteilung und Aufgabenverantwortung“ gebunden. Städte und Gemeinden werden durch Entscheidungen des Bundes und der Länder möglicherweise belastet und müssen sich vor diesen Belastungen schützen. Bund und Länder sind nach dem Konnexitätsprinzip gehalten, bei Übertragung von Aufgaben an Kommunen diese vor übermäßiger finanzieller Belastung zu schützen. Oder anders formuliert: Treffen Bund und Länder Entscheidungen zu Maßnahmen, die die Kommunen auszuführen haben, so sind die Kommunen mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert ein fortlaufendes Controlling zur zielgenauen Umsetzung des Stadtentwicklungsplans und zur Vermeidung von Haushaltsresten. Die Ankündigung einer antizyklischen kommunalen Ausgabenpolitik zur Förderung der heimischen Wirtschaft insbesondere in Krisenzeiten durch Oberbürgermeister Andreas Hesky wird von der FDP Waiblingen unterstützt. Dies kann jedoch nur funktionieren, wenn in wirtschaftlich günstigem Umfeld und Zeiten sicherer Finanzausstattung der Schuldenabbau konsequent vorangetrieben wird. Die Finanzverwaltung wird aufgefordert, von den durch Bund und Land aufgelegten Konjunkturprogrammen sinnvoll Gebrauch zu machen und diese konsequent zu nutzen.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Die aktuelle Lage

Die wirtschaftliche Entwicklung der Konjunktur in Baden-Württemberg war in den vergangenen Jahren positiv. Indikatoren dafür sind die im Bundesdurchschnitt geringen Arbeitslosenzahlen sowie die positive Arbeits- und Ausbildungsplatzentwicklung. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Osten führte in den letzten Jahren zu einem Exportschub zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Gemeinden des Landes. In der kommenden Legislaturperiode wird die Konjunktur als Folge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise abflachen und daher sind liberale Konzepte zur Stärkung der heimischen Wirtschaft gefragt.

Liberale Grundsätze

Städte und Gemeinden müssen weiterhin ein positives Klima für Gewerbe, Dienstleistungen, Handwerk und Industrie vermitteln. Betriebe sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Gemeinschaft. Die FDP wird sich vor Ort konsequent jeglichen Bestrebungen der Haushaltssanierung durch Erhöhung der Gewerbesteuer widersetzen. Wir setzen uns für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein und wollen sie durch ein Konzept der Kommunalfinanzierung ersetzen, das für die Gemeinden ein ausreichendes Finanzierungsniveau gewährleistet und ihnen stetige Einnahmen sichert. Die Gemeinden erhalten einen auf 12% erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer und einen Zuschlag mit eigenem Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Die örtliche Wirtschaftsförderung ist durch den Einsatz von Fachleuten mit Wirtschaftskompetenz zu stärken. Bei der Wirtschaftsförderung ist die Bestandspflege bestehender Betriebe ebenso wichtig wie das Bemühen, neue Betriebe in Städten und Gemeinden anzusiedeln. Bestandspflege

bedeutet, mit Betrieben das gegebenenfalls wichtige Thema der Unternehmensnachfolge zu verhandeln und Hilfestellungen anzubieten. Städte und Gemeinden sollten ihren Spielraum nutzen, zum Abbau von Genehmigungshürden (Baurecht, Gewerberecht) beizutragen. Die zeitnahe, positive Entscheidung über Anträge im Bau- und Gewerberecht sind wesentliche kommunale Standortvorteile im Wettbewerb um Betriebe. Städte und Gemeinden sollten als Serviceleistung Gewerbeflächendateien führen, um ansiedlungs- oder erweiterungswilligen Betrieben eine transparente Standortbasis zu vermitteln. Städte und Gemeinden sollten die Richtlinien für Vergaben von Bauleistungen derart ausnutzen, dass möglichst viele Vergaben an regional ansässige Betriebe erfolgen können. Die FDP begrüßt die Heraufsetzung von Wertgrenzen, die bei der Vergabe von Bauleistungen den örtlichen Betrieben mehr Auftragschancen verleihen. Der Rückzug der Kommunen aus eigenen Wirtschaftsbeteiligungen stärkt den privaten Wirtschaftssektor. Liberale Wirtschaftspolitik wird deshalb die wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen weiter begrenzen und nicht-hoheitliche Aufgaben und Dienstleistungen wieder Privaten zukommen lassen. Das Gemeindegewirtschaftsrecht wurde 2005 auf Druck der FDP zum zweiten Mal verschärft. Nun ist durch die Einführung eines Anhörungsrechtes der öffentlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel im Gemeinderat vor einem Tätigwerden der Gemeinde außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge sowie die Einführung eines Klagerechtes für die Zukunft sichergestellt, dass private Aufgabenerledigung – in Bereichen außerhalb der Daseinsvorsorge – gegenüber einer wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand Vorrang hat. Städte und Gemeinden sollten nicht nur vom eigenen Rathausurm blicken. Konkurrenzfähige Wirtschaftsförderung setzt heute eine regionale Zusammenarbeit mit entscheidungsfähigen operativen Einheiten voraus.

Zur Situation in Waiblingen

In Jahr 2008 wurde bei der Gewerbesteuer der Planansatz erstmals nicht überschritten, d.h. die Gewerbesteuererinnahmen waren rückläufig und dürften bei Anhalten der Finanz- und Wirtschaftskrise auch kaum wieder steigen. Im Unternehmensmix von Produktionsbetrieben, Dienstleistern, Handwerk sowie Groß- und Einzelhandel besteht in Waiblingen nach wie vor eine Dominanz im Gewerbesteueraufkommen bei einigen wenigen großen Produktionsbetrieben. Dies macht das Gewerbesteueraufkommen Waiblingens in hohem Maße konjunkturabhängig und krisenanfällig. Trotz verstärkter Anstrengungen in den vergangenen Jahren ist die Gefahr einer Verödung der Einkaufs- und Gewerbelandschaft in der Kernstadt noch nicht völlig gebannt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen bemüht sich um die Schaffung und den Erhalt eines positiven Wirtschaftsklimas. Grundgedanke sollte sein, dass man sich in

Waiblingen nicht für eine Unternehmung, sondern für die Verhinderung einer Idee rechtfertigen muss. Hierbei kommt den klein- und mittelständischen Strukturen besondere Beachtung zu, da sich kleine und mittlere Unternehmen als langfristige, zuverlässige Partner bei der Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen erwiesen haben. Die FDP begrüßt daher die Anstrengung der Stadt, der Wirtschaftsförderung ein größeres Augenmerk zu schenken und diese zu stärken. Der geplante direkte Dialog der Verwaltung mit Produktionsunternehmen, Handwerk und Dienstleistern ist ein sinnvoller Schritt auf diesem Weg. Dem Einzelhandel in der Kernstadt sollte eine besondere Priorität in der Wirtschaftsförderung eingeräumt werden. Die begonnenen Marketing-Initiativen hierzu sind unerlässlich und sollten auch weiterhin fortgeführt werden. Die auch für Besucher aus dem Umland attraktiven Ereignisse wie das Altstadtfest, der Weihnachtsmarkt, der Oster- u. Martinimarkt sowie der „Markt der Vereine“ sind Beispiele für gelungene Initiativen unter Einbeziehung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Verwaltung. Das Konzept des einfachen und kostengünstigen Parkens (Wir-Card) sollte weiter betrieben werden und, wo möglich, in Zusammenarbeit mit dem Gewerbe noch weiter ausgebaut werden. In der Innenstadt müssen Handel und Gewerbe weiterhin für alle Verkehrsarten erreichbar bleiben. Die FDP Waiblingen setzt sich dafür ein, die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in allen Ortschaften zu sichern. Dabei spielt die standortangepasste Raumplanung eine wichtige Rolle, weil großflächige Einzelhandelsbetriebe sich unter Umständen negativ auf die Nahversorgung auswirken können. Einer Verteilung von Großmärkten ist der Vorzug vor einer Ballung zu geben. Zur wohnortnahen Versorgung sind insbesondere in den Ortschaften kreative unternehmerische Initiativen des Handels und des Handwerks zu fördern.

Sicherheit auf kommunaler Ebene

Die aktuelle Lage

Bürgerinnen und Bürger, die sich in einer Stadt oder Gemeinde nicht sicher fühlen, werden sich auch nicht mit ihr identifizieren. Städte und Gemeinden verzeichnen vielerorts Abnahmen von Klein- und schwerstkrimineller Kriminalität, Drogenkonsum und Vandalismus. Es gibt jedoch landesweit, eher mit Schwerpunkt in den Ballungszentren, konstante Brennpunkte mit teilweiser Zunahme von Delikten. Videoüberwachungen werden zunehmend an sozialen Brennpunkten installiert. Sie finden aber auch häufig ohne zwingenden Grund an Orten statt, an denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gegeben ist.

Liberales Standpunkte

„Hinsehen und sich Einmischen statt Wegschauen“ sind Grundsätze der FDP, um mehr Sicherheit auf kommunaler Ebene zu erzielen. Bürgerinnen und Bürger müssen sich in ihrer Stadt oder Gemeinde sicher fühlen. Das Verantwortungsgefühl unter Nachbarn kann durch bürgerschaftliches Engagement, durch intensive Zusammenarbeit mit der Polizei, durch Präventionsarbeit sowie durch Aufklärung gestärkt werden. Die Senioren als große Gruppe in der Bevölkerung können durch ihr sicherheitsbewusstes Verhalten, durch Zivilcourage, als Zeugen von Straftaten und durch Vermeidung vorhersehbarer Gefahrensituationen als Vorbild wirksam werden. Eine verlässliche Polizeipräsenz auf den Straßen, an Bahnhöfen oder im Umfeld von Betrieben ist notwendig, reicht aber allein nicht aus. Bürgerschaftliche Hilfe in Zusammenarbeit mit der Polizei bildet einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung. Wir treten für die Bildung von kommunalen Sicherheitsbeiräten ein, deren Aufgabe es ist, Schwerpunkte der Kriminalität aufzulisten, Sicherheitsschwachstellen wie Bahnhöfe, Radwege, Haltestellen, Unterführungen und Kinderspielplätze zu untersuchen und Pläne für ein präventives Handeln zu entwerfen. Diese kommunalen Sicherheitsbeiräte sollen intensiv mit der Polizei und den Medien zusammenarbeiten. Gerade auch ältere Bürgerinnen und Bürger sollten verstärkt einbezogen werden. Offene Jugendarbeit vor Ort ist ein wesentliches Mittel der Kriminalprävention; gute Jugendpolitik in einer Gemeinde und bewährte Jugendarbeit in Vereinen sind wesentliche Schritte zur Vermeidung von Kriminalität. An schulischen Brennpunkten sollten Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Örtliche Drogenpolitik beginnt bereits durch Aufklärungsveranstaltungen in Schulen und Vereinen. Wir setzen einerseits auf die konsequente Bekämpfung des Drogenhandels, andererseits aber auch auf die Hilfe für Schwerstabhängige, um die Beschaffungskriminalität wirksam zurückdrängen zu können. Aber davor muss die Prävention ansetzen. Kinder dürfen nicht allein gelassen werden. Das ist Aufgabe der Familie – die Schule kann das alleine nicht richten. Aber es ist auch die Aufgabe des Umfelds, der Verwandtschaft, der Nachbarn, von uns allen. Eingreifen statt wegsehen. Und helfen. Videoüberwachung von öffentlichen Einrichtungen (Straßen, Plätze, öffentliche Gebäude oder Bahnhöfe) sind nur dann, mit zeitlicher Begrenzung, zu befürworten, wenn diese Überwachungen der Gefahrenabwehr dienlich sind. Sie sind aus Sicht der FDP aber kein adäquates Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität. Die restriktive Rechtslage im Landespolizeigesetz, die Videoüberwachung einzusetzen, darf auf kommunaler Ebene nicht unterlaufen werden.

Zur Situation in Waiblingen

Der Rems-Murr-Kreis zählt im Landesdurchschnitt, insbesondere aber auch im Vergleich zu den Nachbarkreisen im Ballungsgebiet, Esslingen und Ludwigsburg, zu den sichersten Landkreisen. Bei einer in den letzten Jahren überwiegend rückläufigen allgemeinen Kriminalitäts-

häufigkeitszahl ist jedoch andererseits im Bereich der Gewaltkriminalität ein stetiger Anstieg feststellbar.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die Liberalen in Waiblingen begreifen Sicherheit und Kriminalprävention keinesfalls nur als Aufgabe von Polizei und Justiz, sondern als bürgerschaftliche Herausforderung für die Gesamtheit einer Gemeinde. Vorbildliche Initiativen für eine erfolgreiche Verzahnung von bürgerschaftlichem Engagement mit der Arbeit der Behörden sind beispielsweise die „Initiative Sicherer Landkreis Rems-Murr e.V.“, die Jugendkulturwoche „bunt statt braun - für Vielfalt und gegen Gewalt“ im Kulturhaus Schwanen oder der freiwillige Einsatz von Polizeipensionären als „Sicherheitsberater für Senioren“. Darüber hinaus wurde mit dem „Haus der Prävention“ in der Ludwigsburger Straße 1 eine zentrale Anlaufstelle für polizeiliche Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Liberalen in Waiblingen wollen das bürgerschaftliche Engagement bei der Kriminalitätsprävention weiter stärken und das Bewusstsein vertiefen, dass Sicherheit als eine Gesamtaufgabe der Gemeinschaft vor Ort zu verstehen ist. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei die weitere Rückführung des Anteils der Jugendkriminalität sein.

Im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Kommunen des Kreises konnte sich in Waiblingen bisher kein Schwerpunkt rechtsradikaler Gewalt festsetzen. Dies gilt es unbedingt zu erhalten. Neben Jugendarbeit, Prävention und konsequenter polizeilicher Verfolgung politischer sowie fremdenfeindlich motivierter Gewalt ist hierzu das bürgerschaftliche Bewusstsein zu fördern und zu stärken, damit der Rechtsextremismus in Waiblingen keinerlei Duldung, weder offen noch stillschweigend, bei der Bevölkerung findet.

Energie und Umwelt

Die aktuelle Lage

Es ist absehbar, dass in vielen Städten und Gemeinden kleinere Energieversorgungsunternehmen (z.B. Stadtwerke) auf Dauer nicht mehr konkurrenzfähig sein werden. Große Anbieter übernehmen zunehmend kleinere Energieversorgungsunternehmen. Steigende Energiepreise sind vielerorts für die Bevölkerung nicht mehr tragbar und sorgen vor allem bei Familien für eine erhebliche Einschränkung des Budgets. Jeder spürt die explodierenden Energiepreise: die Familie an der Strom- und Heizrechnung, der Autofahrer an der Tankstelle, der Unternehmer an den Herstellungskosten. Immer deutlicher wird, wie stark unser Wohlstand und unsere Lebensweise von ausreichender und bezahlbarer Energie abhängig sind. Dies belastet auch die kommunalen Haushalte; Sport- und Stadthallen, Schulen, öffentliche Einrichtungen werden von

vielen Menschen genutzt. Energiesparende Konzepte sind hier um ein Vielfaches schwerer durchzusetzen, weil Ursache und Wirkung, im Vergleich zu Privathaushalten, nicht unmittelbar die gleichen handelnden Personen betreffen. Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe jeder Kommune und hat in den letzten drei Jahrzehnten bedeutsame Fortschritte gemacht. Bereiche des Umweltschutzes liegen heute im Landschafts-, Arten- und Immissionsschutz (besonders im Lärmschutz), Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Bodensanierung und Bodenschutz. Herausforderungen sind teilweise die Umweltvorgaben der EU mit Belastungen und Nutzungseinschränkungen für die Städte und Gemeinden, beispielsweise die großräumigen FFH-Gebiete⁴. In nahezu jeder Stadt oder Gemeinde weisen öffentliche Gebäude erhebliche Potentiale zur Energieeinsparung auf. Das gilt besonders für solche Gebäude, die in Zeiten niedriger Öl- oder Gaspreise entstanden sind.

Libérale Grundsätze

Die FDP setzt auf den Ausbau der regenerativen Energien wie z.B. Photovoltaik, Solar-, Wind- und Wasserenergie, Biomasse und Geothermie. Kundennähe ist nach Auffassung der FDP bei Energieversorgungsunternehmen ein wesentlicher Faktor. Die Unabhängigkeit kleiner, ortsnaher Energieversorger von großen Versorgungsunternehmen ist ein wesentliches Element zur Wahrung dieser Kundennähe. Aus diesen Erwägungen sollten horizontale Fusionsbestrebungen von Energieversorgern Vorrang vor deren Übernahme von großen Anbietern haben. Städte und Gemeinden sollten eigene Energieversorgungsunternehmen auf ihr Kerngeschäft (Energieversorgungsauftrag) reduzieren, um keine höheren Kosten anderer Betriebszweige über Energiekosten abzuwälzen. Kommunen sollten es vermeiden, Schulden oder Aufgaben auf die Versorgungsunternehmen zu übertragen, wie Bau und Unterhaltung von Bädern, ÖPNV, um sich selbst zu entlasten. Durch die Definition des Umweltschutzes als Querschnittsaufgabe einer jeden Stadt oder Gemeinde ist Umweltschutz auch Bestandteil anderer kommunaler Aufgaben (z.B. energetische Nachrüstung von Gebäuden, Nachverdichtung von Altbaugebieten zur Vermeidung von Bodenversiegelung durch Neubaugebiete). Programme, die dem Umweltschutz dienen, liegen darüber hinaus aus FDP - Sicht in der Biotopvernetzung, in der Erstellung kommunaler Lärmschutzkataster, in der Gewässerrenaturierung, in der Begrünung von öffentlichen Straßen und Plätzen, im Anlegen sog. Öko-Konten und in der Vermeidung von Bodenverunreinigungen. Städte und Gemeinden müssen durch eigene Ressourcen schonende Maßnahmen Vorbildfunktionen gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Betrieben und anderen

⁴ FFH-Gebiete

Von der Europäischen Union festgesetzte Gebiete (Flora - Fauna - Habitat) mit besonderer Schutzwürdigkeit (Pflanzen, Tiere). In der Regel ist die Gebietsfestsetzung parzellenscharf. FFH-Gebiete sind verbunden mit Ge- und Verboten (z.B. Bauverbot, Schutz bestimmter Pflanzen und Tiere). Die Festsetzung von FFH-Gebieten durch die EU stößt vielerorts auf Unverständnis, die mit diesen Festsetzungen die kommunalen Entwicklungen und die Bodennutzung durch die Eigentümer eingegrenzt werden.

Institutionen einbringen. Städte und Gemeinden benötigen ein Konzept der energetischen Nachrüstung aller Gebäude in ihrer Trägerschaft. Die örtlichen Stadtwerke werden aufgefordert, flächendeckend Contracting-Konzepte zu erarbeiten und anzubieten. Dabei ist das private Know-how bei Finanzierung und Vermarktung dieser Konzepte einzubinden.

Zur Situation in Waiblingen

Waiblingen kann erfreulicherweise bereits auf einige beachtliche Erfolge im Energie- und Klimaschutz verweisen. Diese können jedoch angesichts der noch anstehenden Herausforderungen keinesfalls als ausreichend angesehen werden.

Waiblingen hat gut geführte Stadtwerke mit einem erfolgreichen und aufgeschlossenen Management, das um zukunftsorientierte Ausrichtung bemüht ist. Auf eine Reihe vorzeigbarer praktischer Beispiele für Erschließung und Einsatz von erneuerbaren Energien kann verwiesen werden. Dabei nehmen die Stadtwerke mit ihrer Kundennähe eine Vorbildrolle wahr und fördern das Bewusstsein um sparsamen, sinnvollen und effizienten Energieverbrauch sowie um die Integration des gebotenen Einsatzes an erneuerbaren Energien.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Das kommunale Energiemanagement der Stadt Waiblingen muss noch deutlicher als bisher eine Vorbildfunktion in Bezug auf Klimaschutz, Nachhaltigkeit und verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen übernehmen. Hierzu sollte der Waiblinger Wärmeatlas aktualisiert werden, um energetische Sanierungskonzepte besser identifizieren zu können. Der Energieverbrauch in öffentlichen Gebäuden muss in regelmäßigen Abständen überprüft und, wo nötig, der Wärmeschutz verbessert werden. Nahwärmekonzepte sollten ebenso vermehrt in Betracht gezogen werden wie Energiecontracting. Straßenbeleuchtungen (einschließlich Lichtsignalanlagen) sind sinnvoll und intelligent zu steuern sowie mit modernen, energiesparenden Leuchtmitteln zu betreiben.

Vorbildhaftes Verhalten der Verwaltung und sachliche Aufklärung zur langfristigen Wirtschaftlichkeit tragen zur Bewusstseinsbildung beim Einzelnen bei. Gleichzeitig sollte an die Eigenverantwortung und den Gemein Sinn des mündigen Bürgers appelliert und Anreize zur energetischen Nachrüstung bzw. Sanierung älterer Wohngebäude gegeben werden.

Das Ziel eines weiteren Ausbaus der Nutzung erneuerbarer Energien kann keinesfalls nur Bund und Land überlassen werden, sondern sollte vor Ort vorangetrieben werden. Rationelle Energieverwendung auf lokaler Ebene ist geboten und sollte allgemein unterstützt werden. Die Stadtwerke sind aufgefordert, die durch moderne Kommunikationstechnik (Leittechnik) gegebenen Möglichkeiten zur intelligenten Verknüpfung von Energieerzeugern und Verbrauchern in verstärktem Maße zu entwickeln. Damit können Mininetze auf lokaler Ebene

entstehen, mit denen kleine Verbände bis hin zur autarken Versorgung geschaffen werden können und sich somit die Abhängigkeit von großen Energieversorgungsunternehmen mindert.

Die Zusammenarbeit im regionalen Maßstab durch „horizontale“ Verbände kommunaler Energieversorger ist weiter auszubauen, um beispielsweise die Energiepotentiale organischer Abfälle durch Entsorgung und Verarbeitung mit fortschrittlichen Biogas- bzw. Vergasungstechnologien noch besser nutzen zu können und somit sinnvoll in den Kreislauf zurückzuführen.

Die FDP Waiblingen setzt sich für eine Ressourcen schonende Stadtplanung ein, bei der die Bebauung von Baulücken Vorrang vor der zunehmenden Bodenversiegelung durch Neubaugebiete hat und in der dem Schutz ökologisch wertvoller Flächen größtmögliche Priorität eingeräumt wird.

Eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft sollte in Waiblingen kein Vorwand für Zukunftsverweigerung und Technikfeindlichkeit sein, sondern ganz im Gegenteil Umweltnutzen und nachhaltige Wertschöpfung vereinen und damit ein lebenswertes Wohnumfeld ebenso garantieren wie sichere Arbeitsplätze und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung.

Mobilitätspolitik

Die aktuelle Lage

Mobilität stärkt Freiheit, Eigenverantwortung und Flexibilität; mehr Mobilität schafft mehr Freiräume für persönliche und selbst verantwortete Lebensgestaltung. Mobilität ist das Rückgrat einer prosperierenden Volkswirtschaft. Verkehrspolitik gestaltet eine wesentliche Grundlage für unsere persönliche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und an der wirtschaftlichen Entwicklung und leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine selbständige Lebensführung. Die wirtschaftliche Entwicklung unserer Städte und Landkreise ist eng an das Bestehen einer funktionierenden Verkehrsinfrastruktur geknüpft. Daneben ist die Verkehrswirtschaft selbst ein wichtiger eigenständiger Wirtschaftsbereich. Die Verkehrsmittelproduktion trägt in hohem Maße zum Bruttosozialprodukt bei. Jeder siebte Arbeitsplatz ist direkt oder indirekt vom Verkehr abhängig. Für die Sicherung und Entwicklung unserer Wirtschaftsstandorte sind leistungsfähige Verkehrsverbindungen eine unverzichtbare Voraussetzung. Für die FDP sind alle Verkehrsträger und Verkehrsmittel in eine optimale Konzeption einzubeziehen – Fußgänger, Fahrradfahrer, Motorradfahrer, Autofahrer und die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Liberales Grundsätze

Straßenneu- und -ausbau, Straßenerhaltung: Die Mittel für den Bau von Kreis- und Gemeindestraßen müssen anhaltend auf ein höheres Niveau gesteigert werden. Damit können zukünftig vermehrt dringend notwendige Investitionen zügig verwirklicht und Bauzeiten verkürzt werden. Viele Straßen sind in einem beklagenswert schlechten Zustand und völlig überlastet. Bedarfsgerechte Erhaltung und Unterhaltung dieser Straßen sind, auch mit Rücksicht auf nachfolgende Generationen, vorrangig zu finanzieren, da sonst ein Substanzverlust der Infrastruktur droht. Die Kosten dafür können in den Städten teilweise durch eine zweckgebundene Finanzierung durch Parkgebühren gedeckt werden.

Bündelung von Verkehrsinfrastruktur: Berufs-, Einkaufs-, Schüler- und Freizeitverkehr sollen durch gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastruktur keine zusätzlichen Kapazitäten erfordern. Behörden, Betriebe, Einkaufszentren und Sporteinrichtungen können durch intelligentes Parkplatzmanagement sowie durch geschickte Planung die bereits vorhandenen Parkplätze, Zufahrtswege und ÖPNV-Haltestellen zeitanteilig gemeinsam nutzen.

Optimierung des Verkehrsablaufs: Ziel der kommunalen Verkehrsplanung muss eine Optimierung des Verkehrsablaufs sein. Dazu zählt die möglichst effiziente Abwicklung und Koordinierung von Baumaßnahmen, die Einführung grüner Wellen sowie die Einrichtung von Wechsellinien mit bedarfsgerechter Freigabe über dynamische Verkehrszeichen.

Kein Feinstaub-Bürokratismus: Die FDP lehnt die im Rahmen der Aktionspläne der Regierungspräsidien eingeführten kleinräumigen Fahrverbote ab. Ihr Nutzen ist nicht belegbar und sie treffen vor allem sozial schwächere Besitzer älterer Kraftfahrzeuge. Anstelle dieser örtlichen Fahrverbote befürwortet die FDP die Erneuerung der Fahrzeugflotte mit modernen Technologien, Verkehrsverlagerung und dem Einsatz von Verkehrstelematik.

Unfallvermeidung: Bei Investitionen in das Verkehrsnetz sind Sicherheitsaspekte verstärkt zu berücksichtigen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Dabei müssen schwächere Verkehrsteilnehmer wie Radfahrer und Fußgänger – insbesondere Kinder und Senioren – vorrangig geschützt werden.

Städtischer Schienenverkehr: In vielen Städten sorgt ein hohes Verkehrsaufkommen für unzumutbare Belastungen. Aus städtebaulichen Gründen ist es unmöglich, dieses Verkehrsaufkommen ausschließlich als Individualverkehr auf Straßen abzuwickeln. Ein leistungsfähiger, straßenunabhängiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), insbesondere mit einem leistungsfähigen S-Bahn- und Stadtbahn- bzw. Straßenbahnnetz als Rückgrat urbaner Mobilität, ist in den größeren Städten des Landes unverzichtbar. Dieses Rückgrat muss durch bedarfsgerechte Busverkehre ergänzt werden, die in kleineren Städten und Gemeinden die komplette ÖPNV-Versorgung übernehmen.

Rufbusse und Sammeltaxen: Im ländlichen Raum sind im Hinblick auf die demographische Entwicklung und die knappen Finanzmittel verstärkt

neue Formen des ÖPNV einzurichten. Dazu müssen flexible Bedarfsverkehre (z. B. Rufbus, Anruf-Sammel-Taxen) weiter fortentwickelt werden. Die gezielte Kooperation mit Taxiunternehmen oder die Einrichtung ehrenamtlicher Bürgerbusse können ebenfalls zu Kosteneinsparungen bei weiterhin bedarfsgerechtem Angebot beitragen.

Nachtbusse: Die FDP befürwortet die Schaffung und den Ausbau attraktiver Alternativangebote für junge Menschen wie z. B. Disco- und Nachtbusse zur Verlagerung vom Autoverkehr auf weniger unfallgefährdete Verkehrsmittel.

Umstieg auf ÖPNV: Um die Verkehrsbelastung der Ballungsräume und auch vieler Mittelzentren zu reduzieren, sind Anreize zu schaffen, um Autofahrer speziell im Berufs- und Ausbildungspendlerverkehr zu einer vermehrten Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Dazu dienen u. a. eine attraktive Taktung der Verkehre, eine Vereinfachung der Tarifstruktur sowie ein weiterer Ausbau von Park & Ride-Anlagen.

Bürgerbusinitiativen aktiv unterstützen: Lokale Bürgerbusprojekte mit ehrenamtlicher Durchführung sind eine sinnvolle Ergänzung des überörtlich ausgerichteten ÖPNV-Systems.

Fahrgemeinschaften fördern: Durch Fahrgemeinschaften kann der städtische Verkehr insbesondere im Berufsverkehr entlastet werden. Die Bildung von Fahrgemeinschaften soll durch die verstärkte Einrichtung von Zustiege-Parkanlagen sowie durch die vorrangige Benutzung von Parkplätzen auf Werksgeländen gefördert werden.

Car-Sharing: Das Car-Sharing entwickelt sich in immer mehr Städten zu einer interessanten Alternative zum individuellen Fahrzeugbesitz. Die kombinierten Angebote von ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing-Anbietern sind fortzuentwickeln. Die Bereitstellung besonderer Stellplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge muss in den Kommunen vorangetrieben werden.

Radverkehr: Eine ökologische und gesunde Alternative zum Autoverkehr ist der Radverkehr. Um kombinierte Wegeketten mit dem ÖPNV zu erleichtern, sind an Haltestellen und Bahnhöfen Boxen und ggf. auch Parkgebäude zum Einstellen von Fahrrädern anzubieten. Innerhalb der Kommunen soll das Radwegenetz auch auf die Erfordernisse von Berufspendlern ausgerichtet und unterhalten werden.

Güterverkehr: Der zur Ver- und Entsorgung für die Bevölkerung und Wirtschaft notwendige Güterverkehr soll möglichst nicht durch Wohngebiete gelenkt und, wo immer realisierbar, auf eigene Straßen und Schienenstrecken verlagert werden. Verkehrsträgerübergreifende Containerterminals (Straße/Schiene/Schiff) können ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Güterverkehrs in den Kommunen leisten.

Mautausweichverkehre: Die Autobahnmaut führt auf etlichen städtischen Durchfahrtsstraßen zu einer Zunahme des Schwerverkehrs. Statt eines Flickenteppichs von Fahrverboten, die den Verkehr meist nur auf Nachbargemeinden verlagern, muss der Schwerverkehr mittel- bis langfristig durch eine differenzierte Flächenmaut auf die überörtlichen Straßen verlagert werden.

Zur Situation in Waiblingen

Die im Haushaltsplan 2009 für die Straßenerhaltung angesetzten Mittel werden von verschiedenen fachkundigen Seiten als zu gering eingeschätzt. Auch die FDP Waiblingen teilt diese Auffassung und hat dies entsprechend bemängelt. Der Zustand vieler Straßen erfordert mehr als nur Flickwerk.

Das Angebot des ÖPNV ist in Waiblingen allgemein als befriedigend anzusehen. Probleme bestehen jedoch nach wie vor in den Abendstunden und am Wochenende, wo zu große Lücken in den Abfahrtszeiten auftreten. Dies ist insbesondere dann ein Ärgernis, wenn die Abfahrtszeiten nicht mit dem Eintreffen der S-Bahn aus Stuttgart koordiniert sind.

Seit Inbetriebnahme der Waiblinger Westumfahrung im November 2004 hat der Durchgangsverkehr (und hierbei insbesondere der ausnehmend belastende Schwerlastverkehr) durch Hegnach in großem Maße zugenommen. Eine Lösung dieses Problems und damit eine Entlastung der dortigen Bevölkerung wurden immer wieder in Aussicht gestellt, jedoch nie wirklich konsequent verfolgt. Auch die Ortschaften Neustadt und Hohenacker leiden zunehmend unter dem Anstieg des Durchgangsverkehrs.

Es gibt in der Stadtverwaltung keinen Beauftragten für den Radverkehr. Daher werden die Interessen der Radfahrer nur unzureichend wahrgenommen. Die Radwegeplanung ist in Waiblingen unzureichend bis mangelhaft. Ein Beispiel hierfür ist der die Mayenner Straße abwärts führende Radweg, der kurz vor dem Postplatz ohne entsprechende Weiterleitung schlicht aufgelöst wird.

Trotz durchgeführter Umbaumaßnahmen im Bereich Fronackerstraße bleibt der Verkehrsfluss hier unbefriedigend. Der in diesem Bereich oft anzutreffende Belieferungsverkehr mit Halt am Straßenrand führt aufgrund der Verkehrsführung in beiden Richtungen regelmäßig zu erheblichen Behinderungen und Rückstaus. Die Vision eines „grünen Rings“ im Karree Querspange / Fronackerstraße / Ludwigsburger Straße / Bahnhofstraße wurde somit nicht erfüllt.

Die Grünphasen für Fußgänger an den Ampeln rund um den Alten Postplatz entsprechen nicht den tatsächlichen Anforderungen. Insbesondere Schulkinder des Staufer-Schulzentrums ignorieren deshalb mittlerweile regelmäßig die roten Fußgängerampeln in diesem Bereich.

Bei der Straßenbeschilderung gibt es im gesamten Stadtgebiet regelmäßig Optimierungs- und Aktualisierungsbedarf.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen ist gegen einen „Nordost-Autobahnring“, aber für eine möglichst schnell zu realisierende Nordostverbindung weitgehend auf vorhandenen Straßen. Eine zweispurige Neckarquerung wird hierzu als völlig ausreichend erachtet. Deshalb wird der Vorschlag von Prof. Dr. Ulrich Goll für ein gegenüber der „Andriof-Brücke“ modifiziertes, deutlich kleineres Brückenprojekt über den Neckar bei Aldingen und

Mühlhausen unterstützt. Die „Goll-Brücke“ ist ökologisch vertretbar und sorgt dafür, dass schnell eine Lösung für den Ziel- und Quellverkehr in der Region gefunden werden kann. Aus Sicht der FDP Waiblingen ist hierbei vor allem die schnellstmögliche Entlastung der Ortschaft Hegnach vom Durchgangsverkehr vorrangig zu behandeln. Beachtet werden muss, dass es bei jeder Art der Veränderung zu keinen neuen Verkehrslasten für die anderen Waiblinger Ortschaften kommt.

Waiblingen muss in viel stärkerem Maße als bisher zu einer radfahrerfreundlichen Stadt entwickelt werden. Hierzu sollte die Position eines Radverkehrsbeauftragten geschaffen werden, der bei Verkehrsplanungen hinzugezogen wird.

Die bestehenden Bestrebungen, die P+R-Plätze privatwirtschaftlich zu betreiben, werden grundsätzlich von der FDP Waiblingen unterstützt. Hierbei muss jedoch der Anreiz zur Nutzung des ÖPNV durch eine attraktive Gebührenstruktur für die P+R-Parkplätze erhalten bleiben.

Der Busverkehr muss in den Abendstunden und an Wochenenden weiter optimiert werden. Hierzu sollte auch eine Diskussion um eine zusätzliche Ringlinie angeregt werden. Eine mit dem S-Bahn-Verkehr abgestimmte Taktung ist dabei zu berücksichtigen. Der Einsatz von Bussen mit umweltverträglichem Antrieb sollte verstärkt in Erwägung gezogen werden.

Die FDP Waiblingen regt dazu an, die Erwägungen zu einer Schienenverbindung (S- oder Stadtbahn) zwischen Waiblingen und Ludwigsburg fortzuführen. Eine ökologisch sinnvolle schienengebundene Bypassverbindung nach Ludwigsburg könnte einen Beitrag zur Entlastung Hegnachs erbringen sowie eine infrastrukturelle Entwicklungsachse öffnen und entfalten.

Die auch von der FDP Waiblingen bereits seit Jahren unterstützte Forderung nach einer Einbahnstraßenregelung in der Fronackerstraße sollte erneut aufgenommen und in Erwägung gezogen werden. Nur so kann ein befriedigender und sicherer Verkehrsfluss in diesem Bereich gewährleistet sein.

Aktualität und Vollständigkeit der Straßen- und Verkehrsbeschilderungen sowie Optimierung von Ampelschaltungen und -phasen sollten einmal im Jahr überprüft und in einem Bericht dokumentiert werden.

Die FDP Waiblingen legt Wert darauf, dass in Verkehrsplanungsprozessen stets zu überprüfen ist, ob die angestrebte Lösung auch Menschen mit eingeschränkter Wahrnehmungsfähigkeit oder verminderter körperlicher Mobilität eine sichere und barrierefreie Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht. Im Zweifel sind Vertreter der örtlichen Behindertenorganisationen und -einrichtungen als Sachverständige heranzuziehen.

Gesundheit und medizinische Versorgung

Die aktuelle Lage

Die medizinische Versorgung in Städten und Gemeinden wird nur bedingt auf örtlicher Ebene zu entscheiden sein. Die Situation in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird dadurch geprägt sein, dass Einzelpraxen Zukunftsprobleme haben, dass Krankenhäuser auf vielen Ebenen kooperieren müssen und dass spezialisierte Einrichtungen in diesen Krankenhäusern aufgrund der Zentralisierung mit längeren Wegen der Patienten verbunden sein werden. Hier kommt gerade auf die Kommunen im ländlichen Bereich eine besondere Herausforderung zu.

Libérale Grundsätze

Zur Aufrechterhaltung einer bevölkerungsnahen medizinischen Versorgung müssen die Städte und Gemeinden die Rahmenbedingungen fördern und unterstützen. Anreize zur Schaffung günstiger Standortvoraussetzungen und Beschreitung neuer Wege müssen gegeben sein. Gemeinschaftspraxen und fahrbare Apothekerdienste in schwach besiedelten, ländlichen Gebieten oder an Ortsrändern mit medizinischer Unterversorgung sollten gegebenenfalls von den Kommunen gezielt unterstützt werden. Liberale kommunale Gesundheitspolitik setzt darauf, effiziente Notarztdienste zu fördern oder einzurichten. Die Kooperation und Spezialisierung von Krankenhäusern, besonders solche in städtischer Trägerschaft, sollte unterstützt werden.

Zur Situation in Waiblingen

Die medizinische und pharmazeutische Versorgung der Bevölkerung ist zurzeit noch in allen Ortschaften und in der Kernstadt wohnortnah sichergestellt. Durch die Schließung des Krankenhaus Waiblingen im Zuge des Neubaus des Kreiskrankenhauses in Winnenden sind jedoch Auswirkungen auf die Notarztversorgung zu erwarten.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen setzt sich dafür ein, dass in allen Ortschaften und in der Kernstadt eine medizinische Versorgung der Bevölkerung wohnortnah dauerhaft gewährleistet wird. Insbesondere für ältere Bürgerinnen und Bürger ist es von großer Bedeutung, dass die hausärztliche Versorgung vor Ort gesichert ist. Sofern dieses Ziel durch weitere bundesweite Einsparmaßnahmen im Gesundheitswesen gefährdet ist, setzt sich die FDP Waiblingen für wohnortnahe Ärztehäuser (ggf. mit integrierten Apotheken) ein, deren laufender Betrieb durch städtische Maßnahmen sichergestellt wird.

In allen Ortschaften und in der Kernstadt muss darüber hinaus sichergestellt sein, dass der Notarzt innerhalb der gesetzlichen Hilfsfrist

vor Ort ist. Die FDP Waiblingen setzt sich dafür ein, dass die heute bestehende qualitativ hochwertige Notarztversorgung für alle Ortschaften und die Kernstadt in jedem Fall auch bei der Schließung des Krankenhauses Waiblingen erhalten bleiben muss.

Baugebiete, Altbauggebiete, Nachverdichtungen

Die aktuelle Lage

Viele Städte und Gemeinden sehen ihre Priorität der Baulandbereitstellung in der Schaffung von Neubaugebieten. Dabei geraten die Aktivierungen von bestehenden Brachflächen, z.B. Konversionsflächen⁵ oder der Nachverdichtung von Altbaugebieten häufig in den Hintergrund. Der Bedarf an zusätzlichen Wohnflächen oder Wohngebieten nimmt in Städten und Gemeinden auch dann zu, wenn stagnierende oder rückläufige Bevölkerungszahlen zu verzeichnen sind. Gründe dazu liegen in der Zunahme von Single - Wohnungen, dem allgemein ansteigenden Flächenbedarf je Einwohner und in dem Wunsch nach Eigenheimen mit Gartenflächen. Gleiches gilt für den Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen. Hier wächst zunehmend der Flächenbedarf pro Beschäftigtem.

Liberaler Grundsätze

Städte und Gemeinden müssen die Schaffung von Neubaugebieten, die Baulandbereitstellung auf Brachflächen oder Konversionsflächen und die Nachverdichtung von Altbaugebieten gleichrangig sehen. Im Einzelfall sollte die Verwertung von Konversionsflächen Vorrang vor neuen Baugebieten haben. Neubaugebiete werden in der Regel schneller erstellt als die Aufbereitung von Brachflächen, die vielfach Probleme aufweisen, die eine schnelle Baulandbereitstellung behindern (alte Eigentumsverhältnisse, Untergrundsituation). Die Verdichtung von bestehenden Altbaugebieten stößt vielerorts auf Unverständnis. Aktivierung von Brachflächen und Nachverdichtungen bestehender Baugebiete sind wesentliche kommunale Handlungen, um den Siedlungsdruck auf unversiegelte Flächen im Außenbereich durch Neubaugebiete zu mindern und damit umweltschonend zu handeln. Liberale städtebauliche Politik bedeutet, das Prinzip „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ zu favorisieren. Bei der Schaffung von Neubaugebieten sollten Abrundungen von vorhandenen Ortslagen Vorrang eingeräumt werden.

⁵ Konversionsflächen

Der Begriff Konversion (auch Umnutzung oder Nutzungsänderung) beschreibt in der Stadtplanung die Wiedereingliederung von Brachflächen in den Wirtschafts- und Naturkreislauf oder die Nutzungsänderung von Gebäuden. Der Begriff entstand im Zuge der Umnutzung ehemaliger militärischer Anlagen und wurde speziell für diese verwendet. Im Laufe der Jahre fand der Begriff auch bei anderen Entwicklungsflächen Anwendung.

Zur Situation in Waiblingen

Vor geraumer Zeit ist Waiblingen mit dem Motto „innen vor außen“ als Schwerpunkt der stadtplanerischen Ausrichtung an die Öffentlichkeit getreten. Es kann jedoch nicht übersehen bleiben, dass entgegen dieser von der FDP Waiblingen ausdrücklich begrüßten Ankündigung in Waiblingen überproportional viele Neubauf Flächen entwickelt wurden und offensichtlich auch weiterhin in diesem Maße ausgewiesen werden. Obwohl die Stadt diesbezüglich dringenden Handlungsbedarf hat, wurde die Innenentwicklung, also die Entwicklung von Konversionsflächen, Beständen, Brachflächen und Baulücken in Waiblingen bislang jedoch völlig unzureichend vorangetrieben. Das derzeit überproportional vorhandene Neubauland hingegen lässt sich nur schleppend und schwierig vermarkten; unter anderem auch deshalb, weil die Stadt Waiblingen aktuell einer der teuersten Grundstücksverkäufer auf eigener Gemarkung ist. Das Baukindergeld wird ausschließlich auf städtische Flächen gewährt. Die ursprüngliche Funktion als sozialfreundlicher Kauf- und Bebauungsanreiz für junge Familien tritt somit zunehmend hinter einen rechtlich zweifelhaften Subventionierungseffekt für überbewertete städtische Grundstücke zurück („Cash-Back“). Waiblingen bleibt in der Grundstücksvermarktung und Attraktivität zum Zuzug junger Familien zurzeit deutlich hinter benachbarten Kommunen wie beispielsweise Fellbach, Remseck oder Marbach zurück.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert eine Ausweitung des Baukindergelds auf alle Neubauf Flächen. Die Subventionierung ausschließlich städtischer Baugrundstücke zu Lasten privater Anbieter durch diese Mittel muss beendet werden. Angesichts der langfristigen demographischen sowie bauwirtschaftlichen Entwicklung ist in der Zukunft mit einem weiteren Nachfragerückgang nach Neubauf Flächen in Waiblingen zu rechnen. Eine Vermarktung dieser Flächen und somit eine Ansiedelung von Familien muss deshalb innerhalb des nächsten Jahrzehnts stark vorangetrieben werden. Die überhöhten Preise für städtische Baugrundstücke in Waiblingen müssen hierzu dringend auf ein marktfähiges, attraktives Niveau angepasst werden. Der Baulückenbebauung muss in besonderem Maße Förderung und Unterstützung zuteil werden. Die FDP Waiblingen fordert konkrete Maßnahmen und erheblich verstärkte Bemühungen zur konsequenten Umsetzung des „innen vor außen“ Prinzips. Dies beinhaltet auch das Bestreben, alte Gewerbe- und Industriestandorte, die sich in bestehenden, oftmals sehr guten Wohnlagen befinden, in geeignete Gewerbegebiete (wie beispielsweise das neue Eisental II) umzusiedeln und die entstehenden Konversionsflächen zu Wohnzwecken zu entwickeln. Die FDP Waiblingen regt eine Diskussion um einen auf geographisch definierte Gebiete begrenzten „Ortszentrenzuschuss“ zum Baukindergeld an.

Sanierung öffentlicher Gebäude und Einrichtungen

Die aktuelle Lage

Wir befinden uns im Jahrzehnt der Generalsanierung. Der Schwerpunkt bei den Städten und Gemeinden liegt in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Verwaltungsgebäuden, Stadthallen, Dorfgemeinschaftshäuser, Brücken, Straßen, Anlagen der Abwasserbeseitigung und der Wasserversorgung. Zu sanierende Objekte stammen oft aus den 50er, 60er und 70er Jahren. Die Sanierungsgründe sind vielfältig, z.B. allgemeiner Sanierungsstau, Schadstoffsanierung, Abnutzung der verwendeten Materialien, aufgestaute Unterhaltungsaufwand oder energetische Sanierung.

Liberale Grundsätze

Städte und Gemeinden benötigen ein Gesamtprogramm für die Bestandserhaltung, Unterhaltung und Sanierung öffentlicher Gebäude in eigener Trägerschaft durch Gebäudepflegepläne mit Auflistung der Bauschäden, der Sanierungskosten sowie des Zeitplans der Sanierung. Gleiches gilt für die Sanierung und Bestandserhaltung von Abwasserkanälen, Straßen, Radwegen und Brücken in kommunaler Trägerschaft. Infrastrukturkataster sollten dabei nicht nur die Bauschäden bilanzieren, sondern auch einen zeitlichen Rahmen der Schadensbeseitigung vornehmen. Notwendige Sanierungsmaßnahmen sollten unbedingt durchgeführt und nicht weiter verschoben werden. Hierdurch werden nicht nur weitere Folgeschäden und damit verbundene Kosten vermieden, sondern es wird ein sinnvoller An Schub für die rückläufige Konjunktur generiert, der nicht verpufft, sondern nachhaltig nützt.

Zur Situation in Waiblingen

Der Sanierungsstau der letzten Jahre war auch in Waiblingen unübersehbar. In den letzten Jahren ist der Wille, hier anzugreifen in der Verwaltung sehr rege geworden und eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen sind angelaufen. Eine Zielsetzung, Richtung oder Gewichtung nach Prioritäten ist hierbei jedoch nicht zu erkennen. Immer wieder weichen die eingesetzten Mittel erheblich von dem ursprünglichen Planungsansatz ab. Aus dem Ruder laufende Kosten für punktuelle Maßnahmen erschrecken und verunsichern immer wieder die Bevölkerung. Aktuelle Beispiele hierfür sind die Sanierungskosten Marktdreieck, die sich in der Projektentwicklungsphase vervielfacht haben, sowie die Fußgängerbrücke am Bädertörle, die für € 160.000 erneuert wurde.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert dringend eine nach Prioritäten und Dringlichkeit gegliederten Sanierungskatalog für öffentliche Gebäude und Einrichtungen. Dieser sollte jährlich fortgeschrieben werden und dabei zukünftig zu erwartende Aufgaben strategisch einbinden und damit besser planbar machen. Punktueller Aktionismus sollte somit von einer nachhaltigen Sanierungsplanung abgelöst werden. Eine Gewichtung nach Prioritäten und Dringlichkeit sollte einen effizienteren Einsatz der Mittel ermöglichen. Zur operativen Ausführung von Sanierungsmaßnahmen muss die Beachtung der Prinzipien des Kostenbewusstseins, der Planungsgenauigkeit und des Prozesscontrollings erheblich verbessert werden. Im Sinne eines langfristigen, generationenübergreifenden Erhalts der kommunalen Infrastruktur ist zu Sanierungsmaßnahmen stets eine Kosten-Nutzen-Analyse dahingehend durchzuführen, ob ein Neubau mit entsprechend längerer zukünftiger Nutzungszeit eine nachhaltigere Investition als die Sanierung und Erhalt des Bestehenden sein könnte.

Bürgerbeteiligung und -mitwirkung; Bürgerrechte

Die aktuelle Lage

In vielen Städten und Gemeinden des Landes werden Bürgerbeteiligungen und Bürgerrechte umfangreich praktiziert. In manchen Städten und Gemeinden sind aber die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements längst nicht ausgeschöpft. Die Verantwortlichen in den Rathäusern erkennen häufig die Möglichkeiten der Gemeindeordnung nicht und Jugendgemeinderäten fehlen oft tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten.

Libérale Grundsätze

Bürgerinnen und Bürger nehmen vielerorts aktiv am kommunalen Leben ihrer Stadt oder Gemeinde teil. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger eigeninitiativ sind, am kommunalen Geschehen mitzuwirken, aber auch, dass die Kommune selbst Möglichkeiten der Bürgermitwirkung darlegen muss. Eine entwickelte Beteiligungs- und Teilhabekultur in Städten und Gemeinden beginnt bei kleinen Anlässen bis hin zu großen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlung, Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Liberale sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich im bürgerschaftlichen Engagement selbst einzubringen. Sie erwarten auch, dass die Stadt oder Gemeinde in Verwaltung und Politik ihr Potential nutzt, offen gegenüber den Bürgern zu sein. Wesentliche Merkmale liberaler Rathauspolitik ist es, unter Beachtung gesetzlicher

Vorschriften Entscheidungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse in öffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Zu wichtigen Entscheidungen im Gemeindegebiet, wie Haushaltsberatungen, Entscheidungen über neue Verkehrsführungen, Aufstellung von Flächennutzungs-, Bebauungs- oder Generalverkehrsplänen, sollten kommunale Bürgerversammlungen stattfinden, um diesen Vorhaben mehr Transparenz zu verleihen. Mehr Bürgerrechte haben ihre Grenzen im Datenschutz. Dies ist auch auf kommunaler Ebene ein urliberales Thema. Es betrifft insbesondere persönliche und grundstücksbezogene Daten, deren Öffentlichmachung auch bei kommunalen Entscheidungen unzulässig ist. Die FDP hat sich auf Länderebene in den letzten Jahren stark und erfolgreich für mehr Bürgerentscheide und Erleichterungen beim Zustandekommen eingesetzt.

Zur Situation in Waiblingen

In Waiblingen sind gute Grundlagen für eine aktive Bürgerbeteiligung zu finden. Bürgerschaftliche Gremien zur Teilnahme an kommunalpolitischen Entscheidungsfindung und Interessenvertretung sind vor allem der Stadtseniorenrat, der Jugendgemeinderat, der Ausländerrat, der Frauenrat sowie der Arbeitskreis Waiblingen ENGAGIERT. Es sind Bürgersprechstunden beim Oberbürgermeister und bei den Gemeinderäten sowie Bürger-Fragestunden beim Gemeinderat als regelmäßige Einrichtungen geschaffen. Zu wichtigen Vorhaben werden bei Bedarf Bürgerbeteiligungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Zu einem der wichtigsten Bauprojekt der vergangenen Jahre in der Kernstadt, der Neugestaltung des „Alter Postplatz“, wurde 2005 über ein Bürgerbegehren der erste Waiblinger Bürgerentscheid herbeigeführt und durchgeführt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Manche Angebote zur Mitwirkung und Teilhabe an kommunalpolitischen Prozessen finden teilweise nur mäßiges Interesse. Die FDP Waiblingen wünscht sich deshalb eine verbesserte Kommunikation und Transparenz über diese Angebote. Verwaltung, Mandatsträger und politische sowie bürgerschaftliche Gremien sollten aktiver als bisher zu einer Wahrnehmung dieser Angebote anregen und auffordern. Im Sinne der Subsidiarität ist eine Wahrnehmung und Formulierung örtlicher Interessen der Betroffenen in Bürgerinitiativen, Stadteiforen und „runden Tischen“ unbedingt wünschenswert. Der Bürgerentscheid zur Neugestaltung des „Alter Postplatz“ war ein Präzedenzfall, der zeigte, dass die Waiblinger Bürgerschaft plebiszitäre Entscheidungsfindungsprozesse verantwortungsbewusst, offen und fair durchführen kann und will. Diese Erfahrung sollte als Ansporn dazu dienen, direkte Demokratieelemente verstärkt in die Kommunalpolitik Waiblingens einfließen zu lassen.

Der Jugendgemeinderat ist eine wertvolle Institution für Jugendliche, die sich in der Kommune politisch engagieren wollen. In Waiblingen sollte

das Verständnis vorherrschen, dass eine politisch engagierte Jugend mehr ist als eine Lobbygruppe für die junge Generation; sie ist Grundvoraussetzung für ein lebendiges und auch in Zukunft auf ehrenamtlichem Engagement aufbauendes Waiblingen. Sowohl Jugendgemeinderat als auch Seniorenrat sollten von Gemeinderat und Verwaltung noch stärker als bisher als Informationsquellen bei der politischen Entscheidungsfindung herangezogen werden.

Die FDP Waiblingen ruft hier lebende Mitbürger aus Staaten der Europäischen Union dazu auf, in verstärktem Maße ihr Bürgerrecht des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen wahrzunehmen. Die Forderung des Justizministers und Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Prof. Dr. Ulrich Goll, nach einem Kommunalwahlrecht für alle Ausländer mit langjährigem Wohnsitz und dauerhaftem Bleiberecht wird ausdrücklich unterstützt.

Gesellschaftspolitik im demographischen Wandel

Die aktuelle Lage

Der demographische Wandel kristallisiert sich in besonderem Maße in den Städten und Gemeinden. Insbesondere Städte bieten viele Vorteile für ältere Menschen; vor allem ermöglichen urbane Lebensformen durch ihre Vielfalt selbstbestimmte soziale Kontaktmöglichkeiten. Die Voraussetzungen für die Mitarbeit und Mitgestaltung sind für den größer werdenden Anteil der über 60-Jährigen besonders gut. Die Städte und Gemeinden sind sich der neuen Aufgaben bewusst, Lösungsansätze sind integrierte Bestandteile der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Alle Konzepte müssen gleichermaßen die Belange Jüngerer und Älterer berücksichtigen und auf familienfreundliche kommunale Strukturen ausgerichtet sein. Der ländliche Raum hat sich ebenso wie die großen Ballungsgebiete vielfältig und differenziert entwickelt. Mit Ausnahme der Dörfer und Kleinstädte im Randbereich großer Städte leidet der größte Teil des ländlichen Raums unter dem Wegzug der jüngeren Generation. Der Rückgang der wohnungsnahen Infrastruktur betrifft insbesondere die Älteren.

Libérale Grundsätze

Es ist bekannt, dass ein Bündel von Maßnahmen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zwingend erforderlich ist, um den demographischen Wandel bewältigen zu können. Auf die Kommunen kommen dabei besondere Herausforderungen zu. Die demographische Veränderung erfordert bei den Kommunen Konzepte im sozialen, gesundheitlichen, infrastrukturellen und Freizeitbereich, die insbesondere auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie ältere Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten sind. Große Bedeutung hat

die Reaktivierung ländlicher Infrastruktur u.a. mit Nachbarschaftsläden, Postagenturen, Bürgerbüros, lokaler Betreuung älterer Menschen, Bürgerbussen für den Weg zum Arzt. Dabei spielt die Tatsache, dass der Anteil von Menschen mit Behinderung größer wird, eine wichtige Rolle hinsichtlich eines umfassenden Verständnisses von Barrierefreiheit. Liberale Kommunalpolitik setzt auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies ist ein wichtiger Baustein, um langfristig die demographische Entwicklung einer zunehmend alternden Gesellschaft, wo nicht umzukehren, so doch abzumildern. Liberale Kommunalpolitik macht sich zur Aufgabe, möglichst große Gestaltungsräume für diejenigen zu schaffen, die ihr Leben und ihre Zukunft in die eigene Hand nehmen können und wollen. Sie fördert Eigeninitiativen von Kindern und Jugendlichen bei der Suche nach ihrem künftigen Standort in der Gesellschaft. Sie unterstützt die Vorstellungen älterer Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung eines Umfeldes für ein Leben in Eigenständigkeit. Liberale Kommunalpolitik fördert Wege in die Selbständigkeit und Vorstellungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gemeinschaft ehrenamtlich engagieren wollen. Die FDP - Politik sieht die Chancen in der demographischen Entwicklung. Sie ist zum Generalthema einer jeden Gemeinde zu machen. Neben Prognosen über die Entwicklung der Einwohnerpyramide muss die Kommunalpolitik Aussagen darüber treffen, wie sie mit der demographischen Entwicklung langfristig umgeht. Die Kommunen stehen zunehmend im Wettbewerb um neue Einwohner. Die kommunale Entwicklung kann sich nicht mehr auf einen „seniorengerechten“ Ausbau und Neubau von Quartieren beschränken. Weit im Vorfeld von speziellen Unterstützungssystemen besteht die gemeinsame Aufgabe, wie man auch bei geringerer Mobilität den Alltag in dem angestammten Lebens- und Wohnumfeld gestalten kann. Kommunale Entscheidungen müssen unter dem Aspekt gefällt werden, dass im Alter möglichst lange eine selbständige Lebensführung gewährleistet ist. Dabei geht es um die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen sowie die Sicherung des Zugangs zur Teilhabe am öffentlichen Leben.

Zur Situation in Waiblingen

Obwohl auch Waiblingen gezwungen sein wird, den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen, ist ein konzeptuelles Handeln und Planen hierzu bisher nur in Ansätzen erkennbar. Es gibt Wohngebiete in der Kernstadt und auch in den Ortschaften, die in der Altersstruktur bereits jetzt durchaus einseitig besetzt sind. Andererseits konnte punktuell jedoch gezeigt werden, dass mit Anreizen und sinnvoller Planung diese Entwicklungen durchaus umkehrbar sind. Als Beispiel sei hierfür die Wasserstubensiedlung angeführt, in der es in den letzten Jahren gelang, die Bevölkerungsstruktur durch Zuzug junger Familien deutlich aufzulockern.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Das Zusammenwirken und Zusammenleben der Generationen unter dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung und Rücksichtnahme muss ein Grundpfeiler der Gesellschaftspolitik in Waiblingen werden. Die FDP Waiblingen setzt sich dafür ein, die anstehenden Herausforderungen des demographischen Wandels auch als Chance für innovative Ideen und bürgerfreundliche Konzepte anzusehen. Strategische Planungen für Freizeit- Kultur- und Bildungsangebote müssen stets die erfreulicherweise zunehmende Vitalität und Aktivität einer älter werdenden Bevölkerung mit einbeziehen. Infrastrukturelle Planungen müssen jedoch auch zwingend Rücksicht auf gegebenenfalls erschwerte Bewegungsmöglichkeiten älterer Mitbürger nehmen. Niemand sollte in Waiblingen auf Grund des Alters in seiner selbst bestimmten Mobilität und Freizeitgestaltung eingeschränkt sein. Gleichermäßen muss eine wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs insbesondere in den Ortschaften unbedingt gesichert bleiben. Auf der anderen Seite strebt die FDP Waiblingen eine gesunde Durchmischung der Bevölkerungsstruktur in allen Ortschaften und Wohngebieten an. Ein harmonisches Neben- und Miteinander von „Jung“ und „Alt“ bildet einen starken Rückhalt und fördert den Gemeinsinn in der Bürgerschaft, wovon Senioren in gleichem Maße profitieren wie Kinder und Jugendliche. Waiblingen muss deshalb seine Bemühungen um die Ansiedelung junger Familien insbesondere auch in bestehende Wohngebiete weiter verstärken. Maßnahmen wie das Waiblinger Baukindergeld sind gute Anreize auf diesem Weg und werden von der FDP Waiblingen ausdrücklich begrüßt, sofern diese Mittel auf alle Neubauf Flächen gleichermaßen Anwendung finden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die aktuelle Lage

Arbeitgeber versuchen in vermehrtem Maße, qualifizierte Arbeitskräfte durch geeignete Maßnahmen der Kinderbetreuung anzuwerben und zu halten. Familien oder Alleinerziehende orientieren sich bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl zunehmend an qualifizierten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Städte und Gemeinden, die sich des Themas „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ nicht oder zu spät annehmen, bieten keine oder zu wenig Standortvorteile für qualifizierte Arbeitskräfte. Die Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung ist zu einem wichtigen Standortvorteil für die Kommunen geworden.

Liberale Grundsätze

Städte und Gemeinden müssen ihren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten, um zukunftsfähig zu sein, zu werden oder zu bleiben. Dabei haben die Kommunen vielfältige Möglichkeiten wie z.B. eigene kommunale Betreuungsangebote oder die Förderung und finanzielle Unterstützung von Betreuungsangeboten von privaten oder freien Trägern. Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden ist es, der gesetzlichen Vorgabe Rechnung zu tragen und den Anspruch auf einen Krippenplatz bis zum Jahr 2013 zu verwirklichen. Handlungen der Städte und Gemeinden müssen das Ziel flexibler Betreuung sein, um auch den Bedingungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Dies gilt für die Öffnungszeiten, die Berücksichtigung aller Altersgruppen der Kinder, die Ferienbetreuung, die Wochenendbetreuung sowie die Kinderbetreuung von Mitarbeitern auf Fortbildungsveranstaltungen. Kinderbetreuung ist jedoch nicht nur eine Aufgabe für Kommunen und soziale Träger. Die Betriebe selbst müssen sich im Zuge einer aktiven Personalpolitik hier mehr engagieren. Die FDP setzt sich vor Ort für eine Zusammenarbeit der Kommunen mit den Kammern und Verbänden ein. Wir wollen die freie Wahl von Betreuungseinrichtungen stärken und private Initiativen ermutigen, Betreuungseinrichtungen anzubieten, die den öffentlichen Trägern gleichgesetzt werden. Mehr Treffsicherheit von familienpolitischen Leistungen und echte Wahlfreiheit für Eltern wird es nur mit Betreuungsgutscheinen für Krippen- und Kindergartenplätze bzw. für Tageseltern geben. Um die Nachfrage und die Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen zu verbessern und einen echten Wettbewerb zwischen den verschiedenen Angeboten der frühkindlichen Bildung zu ermöglichen, muss der Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung vollzogen werden. Das bedeutet eine Hinwendung von der Förderung der Einrichtung zur Förderung von Kindern. Der Systemwechsel wird durch die Einführung eines Betreuungsgutschein für die frühkindliche Bildung erreicht. Die stärkere Nachfrage der Eltern würde ein ausreichendes Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen in vielfältiger Trägerschaft, aber auch durch stärkere Einbeziehung von Tageseltern nach sich ziehen. Eine Auszahlung von Gutscheinen in Form von Betreuungsgeld entspricht nicht den liberalen Vorstellungen. Tageseltern stellen eine wichtige Ergänzung des stationären Angebots von Kommunen, Kirchen und freien Trägern dar, da sie oft Zeiträume abzudecken in der Lage sind, die institutionelle Einrichtungen nicht bieten können. Die Funktion der Tageseltern sowie deren Qualifizierung und Weiterbildung ist Bestandteil einer FDP - Politik zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zur Situation in Waiblingen

In Waiblingen gibt es diverse Kinderbetreuungsangebote, die sich auch in unterschiedliche pädagogische Ausrichtungen auffächern. Die Koexistenz verschiedener Trägerschaften im Kindergartenbereich von städtischen und kirchlichen Einrichtungen sowie von freien Trägern (z.B.

Waldorfkindergarten oder Montessori) ist ein bereicherndes Element und trägt dem Wunsch nach individuellen Lebensgestaltungs- und Erziehungsentwürfen Rechnung. In der Region leben überdurchschnittlich viele Frauen mit hoch qualifizierten Berufsabschlüssen und dem Wunsch, ihre Berufe auch als Familienmütter beibehalten zu können. Viele dieser Frauen sind auch für die heimische Wirtschaft eine kaum zu ersetzende Arbeits-, Kompetenz- oder Führungsressource. Dem steht gegenwärtig ein zwar den Basisbedarf deckendes, keinesfalls jedoch in vollständig befriedigender Weise ausreichendes und den Umständen einer sich stetig verändernden Arbeitswelt entsprechendes Betreuungszeitenangebot gegenüber.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen drängt darauf, die vorhandenen Angebote zur Kinderbetreuung weiter auszubauen. Die Betreuungszeiten sind hierbei der modernen Arbeitswelt entsprechend zu gestalten. So ist insbesondere auch ein aufgrund längerer Öffnungszeiten nötig gewordenes zusätzliches Betreuungsangebot in den Abendstunden zu prüfen. In der frühkindlichen Betreuung für Kinder unter drei Jahren müssen noch weitere Fortschritte zu einem bedarfsgerechten Angebot erzielt werden.

Der sukzessive Ausbau der Ganztagesbetreuung in den Schulen (sowohl als gebundene Ganztagesbetreuung oder als offene Ganztagesbetreuung) muss nach Möglichkeit weiterverfolgt werden. Hierbei ist jedoch auch die sich abzeichnende Veränderung der Schullandschaft zu berücksichtigen.⁶

Kindeswohl

Die aktuelle Lage

In einzelnen Städten und Gemeinden traten Fälle von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung an die Öffentlichkeit. In diesem Bereich ist eine Dunkelziffer gegeben. Das Leid der Kinder bleibt oft durch Verschwiegenheiten innerhalb der Familien und wegschauenden Nachbarn verborgen. Häufig stehen die örtlichen Jugendämter in der Kritik, wenn solche Fälle bekannt werden. Deren Bedienstete sind nicht immer ausreichend für ihre Aufgabe geschult. Örtliche Jugendämter weisen zudem oftmals eine hohe Mitarbeiterfluktuation auf.

⁶ Derzeit sollen vom Land nur noch zweizügige Hauptschulen gefördert werden. Diese sollen dann zur Werkrealschule umgestaltet werden, um allen Kindern/Jugendlichen einen mittleren Bildungsabschluss zu ermöglichen.

Liberale Grundsätze

Wir Liberale setzen auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht scheuen, konkrete Fälle der Kindesvernachlässigung oder Kindesmisshandlung anzusprechen, anzuzeigen oder den Weg zu den Jugendämtern zu suchen. Die Ohnmacht vieler örtlicher Jugendämter, die Situation vernachlässigter oder misshandelter Kinder vorsorglich richtig einzuschätzen, ist häufig nicht eine Frage der quantitativen Personalausstattung, sondern der Qualifikation. Liberale Politik vor Ort verfolgt das Ziel, örtliche Jugendämter durch Mitarbeiterqualifikation zu stärken und qualifizierter Ansprechpartner zu sein. Maßnahmen wie ein Jugendtelefon oder ein Jugendnotruf können präventiv wirken.

Zur Situation in Waiblingen

In Waiblingen wurden bisher keine gravierenden Fälle von Vernachlässigungen bekannt. Dies führt jedoch leicht dazu, der Problematik der Kindesmisshandlungen in der Kommune weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Es kann aber trotz eines vergleichsweise kinderfreundlichen Klimas in dieser Stadt jedoch nicht übersehen bleiben, dass es entsprechende Dunkelziffern geben kann und auch Waiblingen stets aufs Neue Anstrengungen in die Prävention gegen Vernachlässigung und Misshandlungen von Kindern investieren muss.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen verfolgt das Ziel einer größtmöglichen Transparenz in der Kinder- und Jugendbetreuung. Wichtig ist hierbei, dass alle Bürger wissen, an wen sie sich als Betroffener oder als „Beobachter“ im Problemfall wenden können, ohne hierbei von Stigmatisierung oder Benachteiligung bedroht zu werden. Hilfs- und Beratungsangebote sollten deshalb niedrigschwellig gestaltet und kommuniziert werden. Dies gilt insbesondere für die Einrichtungen des „Haus der Familie“ in der ehemaligen Karolinger-Schule. Die präventive Beratung und Betreuung durch Schulsozialarbeiter oder karitative Einrichtungen muss vor einem Eingriff durch Jugend- bzw. Sozialamt stehen. Ehrenamtliche Engagements aus der Bevölkerung sind der gesellschaftliche Unterbau für eine städtische Kinder- und Jugendarbeit. Initiativen wie das Projekt „Kelly-Insel“ zum Schutz und zur Hilfe für Kinder in Ausnahmesituationen verdienen deshalb größtmögliche Würdigung und Unterstützung. Die FDP Waiblingen betont, dass Schutz und Kindeswohl nicht allein Aufgabe von Eltern, Kindergärten, Schulen und Sozial- bzw. Jugendämtern sein kann, sondern als gesamtgesellschaftliche Angelegenheit für die Gemeinschaft aller Bürger zu verstehen ist.

Seniorinnen und Senioren

Die aktuelle Lage

Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickeln zunehmend eigene Perspektiven, wollen weiterhin aktiv am Gemeinschaftsleben teilhaben. In vielen Städten und Gemeinden ist die Vereinsamung älterer Menschen eine ernsthafte Herausforderung. Eine Stadtentwicklung, die sich des Problems der älter werdenden Bevölkerung nicht annimmt, wird kurz- und mittelfristig kommunale Probleme hervorrufen.

Liberaler Grundsätze

Die FDP setzt auf die verstärkte Mitwirkung von Seniorenvertretungen in der Kommune (Kreis-, Stadt- und Ortsseniorenräte). Hier sollen ältere Bürgerinnen und Bürger, die sich politisch und ehrenamtlich engagieren wollen, ihre Wünsche und Vorstellungen gegenüber den Rathäusern, der Allgemeinheit und den politisch arbeitenden Parteien vertreten. Wir setzen auf neue Formen des Zusammenwirkens und Zusammenlebens der Generationen unter dem Prinzip der gegenseitigen Verständigung und Rücksichtnahme untereinander. Wir wollen wohnungsnah Versorgungsnetze (medizinische und pflegerische Betreuung, Waren des täglichen Bedarfs) schaffen, um älteren Bürgerinnen und Bürgern das Verbleiben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen, also Schaffung von Voraussetzungen für ein auf die ältere Generation zugeschnittenes Wohnumfeld mit barrierefreiem Wohnen, neuen Formen des „Wohnens mit Service“, generationsübergreifenden Wohnprojekten, der Nähe zum öffentlichen Nahverkehr und wohnortnahen Begegnungsstätten. Kommunale Wohnungspolitik muss darauf ausgerichtet sein, einen Wechsel innerhalb des gewohnten Bereichs zuzulassen, deshalb muss ein Augenmerk auf Wohnbereiche mit gemischten Wohnungsgrößen gerichtet werden.

Zur Situation in Waiblingen

Die Anzahl der älteren Mitbürger nimmt auch in Waiblingen zu. Immer mehr Seniorinnen und Senioren haben den Wunsch, auch nach Ausscheiden aus dem Berufsleben ein aktives gesellschaftliches Leben und die Wahrnehmung von Verantwortung weiter zu führen. Aufgrund der räumlichen Gliederung der Stadt und ihrer Ortschaften kommt hier dem Wunsch nach einer Teilnahme am öffentlichen Leben und einer nachbarschaftlichen Verwurzelung auch im Alter vor allem in den Ortschaften eine besondere Bedeutung. Es gibt in Waiblingen seit vielen Jahren einen erfreulich aktiven Seniorenrat, der die Interessen, Aspekte und Wünsche der Senioren auch in den Gemeinderat trägt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen betrachtet die Lebens- und Berufserfahrungen der Seniorinnen und Senioren als wichtige Know-How-Ressource, die zur aktiven Gestaltung und Fortentwicklung des Gemeinwesens noch deutlicher als bisher genutzt werden sollte. Es muss deshalb noch deutlicher betont und ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden, dass auch die älteren Mitbürger in der Solidargemeinschaft der Generationen einen überaus wichtigen Beitrag leisten können.

Der Seniorenrat sollte von Gemeinderat und Verwaltung noch stärker als bisher als wertvolle Informationsquelle bei der politischen Entscheidungsfindung herangezogen werden.

Das im Stadtentwicklungsplan vorgegebene Ziel der Entwicklung und des Erhalts von Pflegeeinrichtungen in allen Ortschaften muss konsequent umgesetzt werden, damit ältere Mitbürger auch im Pflege- bzw. Betreuungsfall nicht aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld gerissen werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte hierbei auch wohnortnahen Einrichtungen und Betreuungsangeboten für Demenzpatienten zukommen.

Postagenturen bzw. Briefkästen sind in Waiblingen bereits jetzt auf ein Minimum reduziert. Die Stadtverwaltung sollte sich dafür einsetzen, dass der Zugang zu diesem gerade für ältere Mitbürger neben dem Telefon oft besonders wichtigem Kommunikationsweg keinesfalls noch weiter verschlechtert wird. Eine bedarfsgerechte Positionierung von Postagenturen bzw. Briefkästen muss zwingend Rücksicht auf die ggf. eingeschränkte Mobilität älterer Mitbürger nehmen.

Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Die aktuelle Lage

Migranten sind eine Bereicherung für unser Land. Sie sichern unsere Versorgung, sie arbeiten mit uns an der Mehrung des Wohlstands, sie nehmen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verantwortliche Stellungen ein, sie sind gute Nachbarn. Und sie bringen uns neue kulturelle Erfahrungen. Viele Städte und Gemeinden haben große Erfolge in ihren Integrationsbemühungen aufzuweisen. Trotz der bereits erreichten Integrationserfolge gibt es jedoch Problembereiche (unzureichende deutsche Sprachkenntnisse, stagnierende Schul- und Ausbildungserfolge, teilweise hohe Arbeitslosigkeit), die eine Verstärkung der Integrationsbemühungen erfordern.

Libérale Grundsätze

Die Integrationspolitik der FDP bedeutet ein „Leben miteinander statt nebeneinander“. Unser Ziel ist die Bildung einer Verantwortungs-

gemeinschaft zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Wir wenden uns gegen die Ausgrenzung einzelner Bevölkerungsgruppen und gegen die Bildung von Teilgesellschaften. Dabei begreifen wir Integration als einen kontinuierlichen gesellschaftlichen Prozess, bei dem die staatlichen Ebenen die integrationsfördernden Rahmenbedingungen setzen müssen. Integration ist kein müheloser Prozess, er verlangt nach dem Grundsatz von „Fördern und Fordern“ sowohl Anstrengungen von den Einheimischen als auch die Bereitschaft und das aktive Bemühen von den Zugewanderten und ihren Familienangehörigen, vorhandene Integrationsangebote anzunehmen. Integration aus FDP - Sicht bedeutet, dass die Städte und Gemeinden Deutschland als Einwanderungsland und die Einwanderungspolitik als Willkommenspolitik präsentieren. Kommunale Maßnahmen zur Integration von Kindern liegen schwerpunktmäßig in der Sprachförderung in Kindergärten, Schulen und Vereinen. Die örtliche Wirtschaftsförderung sollte sich dem Zuwachs ausländischer Arbeitskräfte durch gezielte Sprachförderung, aber auch den Beratungen bei Unternehmensgründungen ausländischer Personen annehmen. Integration entsteht durch Kontakte, deren Möglichkeiten auf kommunaler Ebene im Bereich des Sportes, der Kultur usw. sehr vielfältig sind. Integration bedeutet auch, dass die örtlichen Volkshochschulen gezielte Sprachkurse für Erwachsene anbieten und dass heranwachsenden ausländischen Jugendlichen die Möglichkeit zum Eintritt in z.B. Jugendfeuerwehren und Jugendbeiräten gegeben wird. Der politische Wille der FDP ist es, ausländische Mitbürger zur politischen Partizipation zu ermutigen, da die politische Teilhabe ein wichtiges Element gelingender Integration ist. Wir setzen uns daher für ein kommunales Wahlrecht aller Migranten ein, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten. Die bestehenden kommunalen Migrantenvertretungen müssen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Kommunen ohne Migrantenvertretung werden ermutigt, solche sachkundigen Vertretungsorgane einzurichten. Um die Partizipation und den Abbau von Vorurteilen und Spannungen zu erleichtern, sollten kommunale Netzwerke und Nachbarschaftsstrukturen zwischen den verschiedenen am Integrationsprozess beteiligten Gruppen, Akteuren und Organisationen aufgebaut und gefördert werden.

Zur Situation in Waiblingen

Waiblingen weist einen überdurchschnittlich hohen Migrantenanteil von 17,25 Prozent der Gesamtbevölkerung auf. Viele dieser Mitbürger sind oft schon seit Jahrzehnten hier und bereichern die Vielfalt unserer Gesellschaft. Ein über lange Zeit gehegt liberales Klima in der Bürgerschaft hat es vielen Neubürgern einfacher gemacht, sich hier zu integrieren. Es existiert seit Jahrzehnten ein sehr engagierter Ausländerrat, der die Belange der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bündelt und artikuliert. Viele Nationalitäten sind durch einen Kulturverein in der Stadt vertreten und bereichern somit das Vereinsleben.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die Waiblinger FDP bejaht die offene und sich weiter öffnende Welt und begrüßt die positiven Ergebnisse des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in unserer Stadt. Die FDP Waiblingen legt Wert darauf, dass die Vermeidung baulicher und sozialer Ghettosituationen auch weiterhin aufmerksame Beachtung findet und somit die Effizienz der Integrationsbemühung nicht geschmälert wird. Neben der Integrationsarbeit in Schulen, Vereinen und am Arbeitsplatz setzt die FDP Waiblingen auch auf Begegnungen zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung im Rahmen von kulturellen Ereignissen, Festen und Veranstaltungen. Dem seit Jahrzehnten fest verankerten Fest „Freundschaft der Nationen“ kommt hierbei eine Vorbildrolle zu. Der alle zwei Jahre im Rahmen dieses Fests veranstaltete „internationale Abend“ findet jedoch leider bisher bei der deutschen Bevölkerung eher wenig Resonanz. Die FDP Waiblingen möchte deshalb auch die einheimische Bevölkerung verstärkt dazu aufrufen, die Gelegenheiten zum Kontakt und zum Kennenlernen mit den hier lebenden Migrantengruppen wahrzunehmen. Die FDP Waiblingen strebt eine Erhöhung des Frauenanteils im Ausländerrat an und ermutigt daher alle Frauen mit Migrationshintergrund, sich verstärkt in den politischen Dialog der Gesellschaft einzubringen und Mitgliedschaft, Ämter und Sitze in entsprechenden Institutionen, Verbänden und Parteien anzustreben.

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

Die aktuelle Lage

Im Zuge der demographischen Entwicklung stehen die Kommunen immer mehr im Wettbewerb um die Ansiedlung von jungen Familien. Dabei ist ein gutes Betreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsangebot ein großer Standortvorteil. Auch örtlich ansässige Gewerbetreibende und Unternehmen brauchen diese Angebote bei ihrem Bemühen um die Anwerbung von Mitarbeitern. Deshalb muss jede Kommune um ein ausreichendes und möglichst vielfältiges Angebot an Betreuungseinrichtungen, Schulen und Weiterbildungsmöglichkeiten bemüht sein, wo nötig auch im regionalen Verbund oder durch überörtliche Zusammenarbeit. Die insgesamt sinkende Zahl schulpflichtiger Kinder eröffnet neue Möglichkeiten der individuellen Förderung, stellt die Kommunen aber auch vor die Herausforderung, ein adäquates Betreuungs- und Schulangebot aufrechtzuerhalten.

Libérale Grundsätze

Ein wichtiges Anliegen ist für uns Liberale die Unterstützung und Stärkung der frühkindlichen Entwicklung und Bildung. In diesen Bereich investieren heißt nicht nur grundlegende Fähigkeiten in einer Phase großer Lernbereitschaft der Kinder zu fördern, sondern auch Defizite beizeiten zu erkennen und wenn möglich auszugleichen. Durch ein solches Vorgehen ersparen wir den Kindern und uns langfristig viele „Reparaturmaßnahmen“. Mit der flächendeckenden Umsetzung des Orientierungsplans in den Kindergärten ab 2009 und der neu gestalteten, vorgezogenen Einschulungsuntersuchung stehen auch die Kommunen sowie die Kindertageseinrichtungen vor besonderen Herausforderungen. Die neuen Aufgaben für die Erzieherinnen und Erzieher, vor allem die Beobachtung und Dokumentation der Entwicklung jedes Kindes, die verstärkte Einbeziehung der Eltern und die Sprachförderung erfordern kleinere Kindergartengruppen, eine bessere Ausstattung der Kindergärten und eine Weiterbildung der Erzieherinnen sowie eine zusätzliche Qualifikation des Leitungspersonals. Hier sind Land und Kommunen gemeinsam gefordert, die Finanzierung dieser Maßnahmen sicherzustellen. Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen in unserem Land ein. So ist es beispielsweise auf Initiative der FDP gelungen, in der 530 Mio. Euro umfassenden „Qualitätsoffensive Bildung“ Personalkostenbudgets zu verankern. Dies bedeutet, dass der einzelnen Schule ein Recht zur Budgetierung der Stellen und Mittel eingeräumt wird. Auch die vorgesehenen Senkungen des Klassenteilers müssen von der Schule nicht zwingend umgesetzt werden, sondern sie bewirtschaftet die ihr gemäß Organisationserlass zugewiesenen Stellen eigenständig. Eine gestärkte Schulautonomie bedeutet nicht nur für Schüler, Eltern und Lehrer, sondern auch für die Kommunen und Landkreise, sofern sie Träger der Schulen sind, zahlreiche zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten. Auf das Engagement der am Schulleben Beteiligten wird es ankommen, wenn in einem Schulwesen nach liberaler Vorstellung Vielfalt und Wettbewerb im guten Sinne die Qualität der Bildung sichern. Voraussetzung für den Wettbewerb ist allerdings eine Aufhebung der Schulbezirke, um Wahlfreiheit zu gewähren. Im Land tritt die FDP dafür ein, dass Schulverbände und Schulversuche zugelassen werden müssen, wenn vor Ort ein stimmiges Konzept erarbeitet wurde. Dies betrifft ausdrücklich auch die angestrebten Kooperationen von Haupt- und Realschulen. Zugleich gilt es, die Betroffenen bei ihren Schulentwicklungsvorhaben zu unterstützen. Im Rahmen der „Qualitätsoffensive Bildung“ wird das Landesinstitut für Schulentwicklung personell verstärkt, um Hilfestellungen in vielen praktischen Fragen geben und eine wissenschaftliche Begleitung vornehmen zu können. Die aufgrund der sinkenden Schülerzahlen in den nächsten Jahren frei werdenden personellen Ressourcen müssen den Schulen erhalten bleiben. Die Kommunen sind aufgrund der demographischen Entwicklung aber auch aufgefordert, noch mehr als bisher über die kommunalen Grenzen hinweg eine regionale Schulentwicklung vorzunehmen, um auch in Zukunft arbeitsfähige Schulen vorhalten zu können. Als eine Möglichkeit der regionalen Schulentwicklung sieht die

Qualitätsoffensive Bildung den flächendeckenden Ausbau von Bildungsregionen vor. Ziel der Bildungsregionen ist es, für alle Kinder und Jugendlichen einer Region den größtmöglichen Bildungserfolg zu erreichen. Dazu wird in enger Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen und allen weiteren am Bildungsprozess Beteiligten über die bisherigen Zuständigkeiten hinaus eine staatlichkommunale Verantwortungsgemeinschaft auf regionaler Ebene neu geschaffen. Die FDP unterstützt mit Nachdruck den vorgesehenen Ausbau von Bildungsregionen, wird doch hier jenseits von Zuständigkeitsfragen die gemeinsame Verantwortung für die Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt gerückt zugunsten einer erfolgreichen individuell geförderten Bildungsbiographie. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung wird eine der großen Herausforderungen für die Kommunen und ihre Schulen bleiben. Für die Entwicklung der Ganztagesangebote ist die Kooperation mit verschiedenen Gruppen und Akteuren in der Gemeinde unerlässlich. Genannt seien hierbei unter anderem die Schulfördervereine, die Musikschulen und -vereine, die Sportvereine und viele mehr. Die Möglichkeit zu musizieren und ein Instrument zu erlernen, sollte jedem Kind eröffnet werden. Wichtig erscheint auch die Kooperation von Schulen mit der Wirtschaft, eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf. In der globalisierten und technisierten Wissensgesellschaft von heute geht es darum, jedem Schüler unterschiedliche Lernwege zu eröffnen, ohne ihn schon zu früh auf bestimmte Berufslaufbahnen festzulegen. Diesem Anliegen der FDP ist in der Weiterentwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen in noch stärkerem Maße als bisher Rechnung getragen worden. Gleichzeitig hält die FDP am Hauptschul-Bildungsgang als unverzichtbare Bestandteil einer differenzierten Bildungslandschaft mit bestmöglicher individueller Förderung fest. Die FDP sieht es als unabdingbare Voraussetzung an, dass die jeweiligen Abschlussqualifikationen so ausgestaltet sind, dass zwischen den unterschiedlichen Schularten kompatible Übergangsschnittstellen bestehen und so ein Übergang in die nächst höhere Schulart nach absolviertem Abschluss immer möglich ist. Im Sinne eines lebenslangen Lernens sind schließlich die Volkshochschulen mit ihrem breiten Angebot für viele Interessen und Bedürfnisse zu erwähnen. Auch sie müssen ebenso wie zahlreiche andere Angebote der Fort-, Aus- und Weiterbildung weiterhin nachhaltig gefördert werden.

Zur Situation in Waiblingen

Die Waiblinger Schullandschaft ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität der Stadt. Es kann dabei auch nicht übersehen bleiben, dass die Konkurrenz zu privaten Schulen in der Umgebung größer geworden ist. Neben einem unbefriedigenden Sanierungsstau in der baulichen Substanz beschäftigt die aktuelle Diskussion um die Standorte der Hauptschulen viele Eltern in Waiblingen. Obwohl an den Hauptschulen in Waiblingen überwiegend sehr gute pädagogische Arbeit geleistet wird,

drohen viele dieser Schule in der Öffentlichkeit als „Restschulen“ wahrgenommen zu werden.

Die Kindergärten sind in Waiblingen auf ganzer Linie auf die vom Land vorgegebenen Bildungspläne (Orientierungsplan) eingestellt. Sie haben sich somit zu wertvollen Bausteinen frühkindlicher Bildung entwickelt. Als exemplarisch darf dabei auch das Bildungshaus in Hohenacker gelten, dass in Kooperation mit Kindergärten und der Grundschule einen wichtigen Bildungsbeitrag für Kinder von 3-10 Jahren erbringt und für diese Vorbildrolle auch bereits landesweit Beachtung und Anerkennung gefunden hat.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Der Vorschlag der Landesregierung, die Hauptschulen als Ganztageschulen auszubauen, ist aus Sicht der FDP Waiblingen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Situation der Hauptschulen. Unabhängig davon muss jedoch das bisherige Engagement und überdurchschnittliche Niveau der bestehenden Hauptschulen weiterhin unterstützt und gefördert werden. Neben der Diskussion um Hauptschulstandorte wird die FDP Waiblingen jedoch auch weiterhin mit Nachdruck darauf drängen, dass die Situation der Förderschulen nicht aus dem Blickfeld der kommunalpolitischen Bildungsdebatte verloren geht.

Die Qualität der Waiblinger Schulen ist einerseits durch die vom Land vorgegebenen Lehrpläne und pädagogischen Konzepte bestimmt, kann aber andererseits durch kommunale Anstrengungen in die Ausstattung der Schulen erheblich beeinflusst und gehoben werden. Ein angemessenes Lernumfeld ist eine Voraussetzung für den schulischen Erfolg und trägt gleichermaßen zur Motivation der Schüler als auch der Lehrer bei. Deshalb ist es wichtig, notwendige Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen zügig voranzutreiben. Hierzu sollte auch von möglichen Fördermitteln aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Land Gebrauch gemacht werden.

Der frühkindlichen Bildung muss weiterhin besonderes Augenmerk geschenkt werden. Waiblingen ist zwar grundsätzlich gut für den Orientierungsplan gerüstet, dennoch kann aber nicht übersehen bleiben, dass auf Grund des gehobenen Anteils ausländischer Mitbürger in Waiblingen nicht selten die Sprache eines der größten Handicaps der Kinder ist. Sprache kann und muss bereits im Kindergarten gelernt werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn möglichst alle Kinder den Kindergarten besuchen. Etwaige Defizite bei der Sprache würden so schon früh auffallen und könnten rechtzeitig verbessert werden, um so möglichst allen Kindern gute Startbedingungen für die Schule zu sichern. Die FDP Waiblingen setzt sich deshalb für eine Vertiefung der Diskussion über eine mögliche Gebührenfreistellung des letzten Kindergartenjahrs ein.

Die FDP Waiblingen versteht das Recht auf Bildung als lebenslange gesellschaftspolitische Anforderung, die sich keinesfalls nur auf Kindergarten und Schulen erstreckt. Eine attraktive und vielfältige Landschaft an weiteren Bildungsanstalten wie Musikschule, Kunstschule, Familienbildungsstätte oder Volkshochschule ist deshalb unbedingt zu erhalten und zu fördern. Durch die Sanierung der Karolinger Schule und den Ausbau zum „Haus der Familie“ hat Waiblingen hierzu einen weiteren Schwerpunkt gesetzt. Die FDP Waiblingen unterstützt die Verzahnung und Kooperation der hier ansiedelnden Einrichtungen zur Familien- und Erwachsenenbildung und fordert diese Institutionen auf, die dadurch zusätzlich möglich werdenden Synergien kreativ und engagiert zu nutzen.

Ehrenamt

Die aktuelle Lage

Bürgerinnen und Bürger bringen sich in allen Städten und Gemeinden in umfangreicher Form ehrenamtlich ein. Das bürgerschaftliche Engagement entspricht in besonderer Weise dem liberalen Verständnis für gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen. Die ältere Generation trägt mit der Bereitschaft, berufliche Qualifikationen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen, wesentlich zur Fortentwicklung des Ehrenamts bei. In vielen Kommunen wird deutlich, dass das örtliche Ehrenamtspotential noch nicht ausreichend genutzt oder aktiviert wird. Eine deutlicher Trend ist in der Wahrnehmung des Ehrenamtes ersichtlich: Bürgerinnen und Bürger übernehmen eher projektbezogene Ehrenämter mit überschaubaren Laufzeiten und transparenten Leistungen statt Ehrenämter mit dauerhafter und kontinuierlicher Arbeit.

Liberaler Standpunkte

Das Ehrenamt ist in Städten und Gemeinden eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens und damit nicht hoch genug einzuschätzen und zu würdigen. Wir Liberale sehen das Ehrenamt nicht als Entlastung einer Stadt oder Gemeinde von freiwilligen kommunalen Aufgaben, sondern als Element der Selbstverwirklichung, des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern für die Gemeinschaft. Dabei ist Mitwirkung und Mitbestimmung ein wichtiges Motiv für das ehrenamtliche, freiwillige und selbst organisierte Engagement. Ehrenamtsbörsen in Städten und Gemeinden oder deren Stadt- und Ortsteile sind zu fördern oder einzurichten. Diese Ehrenamtsbörsen sollten auch dem aktuellen Trend nach projektbezogener Ehrenamtstätigkeit Rechnung tragen. Ehrenamtlich Tätige sollten in regelmäßigen Abständen fortgebildet und geschult werden, da deren Tätigkeit vielfach unter Aspekten der Haftung und Verantwortung Berufstätigen gleichkommt. Städte und Gemeinden

sollten die Möglichkeit wahrnehmen, einmal jährlich an einem Ehrenamtstag die Arbeit vieler ehrenamtlich Tätiger zu würdigen und damit gleichzeitig für das Ehrenamt zu werben.

Zur Situation in Waiblingen

Das ehrenamtliche Engagement zum Wohle der Gemeinschaft ist ein verbindendes und ausgeprägtes Element in der Waiblinger Bürgerschaft. Die Verwaltung ist sich dessen erfreulicherweise sehr bewusst und unterstützt diese Bereitschaft zum Ehrenamt durch das Programm Waiblingen ENGAGIERT, das unter anderem eine Freiwilligenagentur, den Waiblinger „Stadtpass für Engagierte“ sowie diverse Formen der Anerkennungskultur wie Verleihungen des Waiblinger Engagementpreises oder der Waiblinger Engagementplakette umfasst.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die Anerkennungskultur für freiwillig geleistete Arbeit zum Wohle der Gemeinschaft kann nicht nur Aufgabe der Verwaltung sein, sondern muss von allen gesellschaftlichen Gruppen verinnerlicht werden. Die Freude und Befriedigung, die aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit resultieren kann, muss bereits im Heranwachsen vermittelt werden. Deshalb sollten auch an den Schulen und in Jugendhäusern Ehrenamtsbörsen bzw. Freiwilligen-Agenturen installiert werden. Die Waiblinger FDP fordert darüber hinaus insbesondere auch die Jugend und die ausländischen Mitbürger dieser Stadt dazu auf, sich verstärkt in die Arbeit der kommunalen politischen Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen.

Vereine

Die aktuelle Lage

Vereine sind Stützen der Gesellschaft. Sie liefern einen großen Beitrag zum Zusammenhalt der Menschen in einer Stadt oder Gemeinde. Vereinsleben fördert Teamarbeit und bindet Jugendliche in Verantwortungsstrukturen ein. Eine Vielzahl von Vereinen haben zunehmende Finanzsorgen, denn die Bereitschaft, Vereine zu sponsern, nimmt ab und sie leiden unter Mitgliederrückgängen und fehlendem Nachwuchs.

Libérale Grundsätze

Städte und Gemeinden können zu ausgewogener Vereinsarbeit durch immaterielle Leistungen wie öffentliche Anerkennung und Ehrungen beitragen. Aber auch finanzielle Zuwendungen zu Gunsten der Vereine

sind vielerorts unabdingbar, auch wenn es sich dabei um freiwillige Leistungen handelt. Liberale Vereinspolitik setzt Prioritäten: Besonders gefördert wird die Jugendarbeit der Vereine sowie Konzepte zur Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund. Dabei ist die Zusammenarbeit mit der offenen Sozialarbeit notwendig. Wichtig ist der FDP eine transparente Vereinsförderung, ggf. durch Richtlinien. Bei Vereinen, die Mitgliederschwund oder Altersprobleme zu verzeichnen haben, sollte der Zusammenschluss mit anderen Vereinen unterstützt werden.

Zur Situation in Waiblingen

Mit etwa 400 Vereinen und deren Untergruppen verfügt Waiblingen und seine Ortschaften über ein reges Vereinsleben. Die Stadt fördert das Engagement durch Informationen für interessierte Bürger beispielsweise durch die Pflege des Vereinsverzeichnisses, die Möglichkeit zur Präsenz auf der städtischen Internetseite, aber auch durch Aktionen wie den Vereinsmarkt. Diese und ähnliche Veranstaltungen fördern auch den Austausch unter den Aktiven der Vereine. Durch den Waiblinger Ehrenamtspreis wurde ein wichtiges Instrument zum Ausdruck der Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements geschaffen. Die Kooperation unter den Vereinen wie zum Beispiel in der AWS (Arbeitsgemeinschaft der Waiblinger Sportvereine) wird von der Verwaltung ebenfalls aktiv gefördert. Im Bereich der materiellen Förderung ist der Mietzuschuss der Stadt für Vereine zu nennen.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die Ansätze zur Förderung der Vereinskultur seitens der Stadtverwaltung sind fortzuführen. Foren wie der Vereinsmarkt oder das Vereinsverzeichnis sind unter Beteiligung der Vereine auszubauen. Durch die Verbreitung der Informationen über die bereits bestehenden, reichhaltigen Möglichkeiten zum Engagement und die Anlaufstellen und Ansprechpartner wird es Bürgerinnen und Bürgern mit der Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit erleichtert, Betätigungsfelder zu finden, die ihren individuellen Interessen entsprechen. Es ist zu prüfen, ob eine weitere Förderung der Kooperation unter den Vereinen durch eine Übertragung des Modells der AWS auf weitere Vereinsgruppen möglich ist. Durch solche Kooperationen können Synergien geschaffen werden. Das Ziel sollte dabei sein, es den Vereinen zu erleichtern, dauerhafte und kontinuierliche Arbeit zu leisten oder auch gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen, die die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Vereins überfordern.

Im Bereich der materiellen Vereinsförderung sollte geprüft werden, inwiefern der in den letzten Jahren zurückgefahrte Mietzuschuss abgedeckt werden kann. Denkbar ist beispielsweise die Möglichkeit der gemeinsamen oder abwechselnden Nutzung städtischer Räumlichkeiten durch verschiedene Vereine. In jedem Fall ist eine höhere Transparenz der Regeln dieser Art der Vereinsförderung anzustreben. Vereine

brauchen hier Gewissheit über die Rahmenbedingungen, um langfristiges Engagement entfalten zu können.

Kommunale Sportpolitik

Die aktuelle Lage

Jeder Dritte in Baden-Württemberg gehört dem organisierten Sport an. Darüber hinaus treiben viele Menschen individuell Sport. Sportliche Betätigung ist für die körperliche und geistige Entwicklung von herausragender Bedeutung. Bewegungsmangel ist eine wesentliche Ursache vieler Zivilisationskrankheiten. Die gemeinsame Sportausübung ist aber auch ein maßgebliches Instrument im Erziehungs- und Bildungsprozess von Kindern und Jugendlichen insbesondere bei der Vermittlung sozialer Werte und unterstützt Bemühungen zur Integration. Der Sport erfüllt somit wichtige gesellschaftspolitische und soziale Aufgaben. Die Förderung des Sports liegt daher im öffentlichen Interesse.

Liberaler Grundsätze

Auf kommunaler Ebene sind die infrastrukturellen Voraussetzungen für die allgemeine Sportausübung bereit zu halten. Dies gilt insbesondere für Bewegungsmöglichkeiten in Kindergärten und für den Schulsport. Dazu gehört aber auch der gesamte öffentliche Raum mit Kinderspielplätzen, Bolzplätzen und sonstigen für Bewegung nutzbaren Anlagen. Die sportliche, erzieherische und soziale Arbeit der gemeinnützigen Vereine ist von den Kommunen angemessen zu fördern. Deren überwiegend ehrenamtliches Engagement erspart dem Gemeinwesen erhebliche Folgekosten bei den durch Bewegungsmangel ausgelösten körperlichen Beschwerden.

Zur Situation in Waiblingen

Obgleich mit dem in der 2. Handballbundesliga spielenden TV Bittenfeld auch erfolgreich im Spitzensport vertreten, ist Waiblingen eine Stadt des Breitensports. Durch ein vielfältiges Angebot an Sportvereinen hat die Bevölkerung die Möglichkeit, in allen Stadtteilen und Ortschaften wohnungsnah viele Sportarten zu betreiben. Diese Vereine leisten einen wichtigen Beitrag für ein lebenswertes Waiblingen und tragen in erheblichem Maße zum Integrationsprozess bei. Schwerpunkt des Breitensports ist die Waiblinger Talau mit ihren vielfältigen Sportstätten: Hallen- und Freibad, Ruderstrecke, Jogging- und Radwege, Fußball- und Leichtathletikplätze sowie die Rundsporthalle für größere Sportveranstaltungen.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Das gute Angebot an alle Schichten der Bevölkerung, gleich welcher Herkunft, welchen Geschlechts oder Alters, sich in Vereinen sportlich zu betätigen, muss noch deutlicher als bisher ins öffentliche Bewusstsein gebracht werden.

Breitensport in Vereinen funktioniert jedoch nur durch ehrenamtliches Engagement. Deshalb legt die FDP Waiblingen großen Wert darauf, dass die ehrenamtliche Bereitschaft sich als Spartenleiter, Trainer, Vorstand etc. einzubringen, in verstärktem Maße gefördert, aber auch deutlicher als bisher in der Öffentlichkeit gewürdigt wird.

Die FDP Waiblingen tritt dafür ein, dass dem Breitensport nicht nur in den Vereinen, sondern vor allem auch in den Schulen mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Erhalt und die Ausstattung der schulischen Sportstätten müssen gesichert bleiben.

Freiwillige Feuerwehren

Die aktuelle Lage

Die Feuerwehren leisten einen herausragenden Beitrag zur öffentlichen Sicherheit. Den Gemeinden obliegt es als Pflichtaufgabe, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten. In allen Gemeinden Baden-Württembergs wird diese Pflichtaufgabe von den rund 110.000 ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen (davon rund 3.000 Frauen) mit Leben erfüllt. Ergänzt werden die freiwilligen Feuerwehrangehörigen von landesweit rund 400 hauptamtlichen Kräften, die in den größeren Städten bei den freiwilligen Feuerwehren beschäftigt sind. In acht Großstädten gibt es darüber hinaus Abteilungen der Berufsfeuerwehr, die mit insgesamt rund 1.300 Berufsfeuerwehrleuten den Grundschutz dieser Großstädte sichern. Gemeinschaftsgeist, Bürgersinn und Idealismus prägen das Bild der Freiwilligen Feuerwehren, die sich seit deren Gründung in den Jahren der badischen Revolution als bürgerschaftliche Nächstenhilfeeinrichtung bewähren. Die freiwilligen Feuerwehren bilden eine der größten Gruppen der im Land ehrenamtlich tätigen Bürger.

Libérale Grundsätze

Für ihren unermüdlichen und selbstlosen Einsatz sowie für ihr persönliches Opfer zum Wohl der Gemeinden und ihrer Bürgerschaft gebührt den Feuerwehrangehörigen unser aller Dank und Respekt. Die FDP wirkt darauf hin, dass vor Ort ein Klima für ehrenamtliche Betätigung gedeiht. Bei der Ausstattung der Feuerwehren ist neben den feuerwehrfachlichen Argumenten vermehrt auch auf wirtschaftliche

Konsequenzen für die Kommune zu achten. Wir begrüßen die enge Zusammenarbeit benachbarter Feuerwehren auf freiwilliger Basis. Neben den feuerwehrfachlichen und wirtschaftlichen Argumenten bei der Entscheidung über den Bestand von Abteilungsfeuerwehren sind für die FDP auch die damit verbundenen sozialen Strukturen für die jeweilige Ortsgemeinschaft wichtig. Die FDP in Baden-Württemberg will angesichts weiter steigender Einsatzzahlen eine angemessene Ausstattung und Förderung der Feuerwehren durch das Land. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer muss auch zukünftig ungeschmälert für die Förderung der Feuerwehren zur Verfügung stehen. Wir wollen kurzfristig in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Baden-Württemberg die Einführung von integrierten Leitstellen.

Zur Situation in Waiblingen

In Waiblingen sind in der Kernstadt und in allen Ortschaften freiwillige Feuerwehren installiert, die mit großen Engagement und hoher fachlicher Kompetenz eine herausragende Leistung für die Gemeinschaft erbringen. Um diesen Standard auch für die Zukunft zu sichern, sind die Feuerwehren überaus bemüht, durch eine gezielte Jugendarbeit Nachwuchs auszubilden. Die Neueinteilung der Führerscheinklassen hat dazu geführt, dass für viele Feuerwehrfahrzeuge nun ein Führerschein Klasse C1 notwendig wurde⁷. Die hierfür nötig gewordenen zusätzlichen Ausbildungen bedeuten einen erheblichen finanziellen Mehraufwand für die Waiblinger Feuerwehren. Durch die gestreute räumliche Struktur Waiblingens und seiner Ortschaften stellt die Anfahrt zu den Feuerwehrgerätehäusern im Alarmfall eine besondere Herausforderung dar.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen begrüßt die Projektversuche und Kooperationen mit benachbarten Brandschutzwachen der örtlichen freiwilligen Feuerwehren ausdrücklich. Der flexible Einsatz von Feuerwehrleuten auch über Orts- und Gemeindegrenzen hinaus erhöht die Effizienz und Schnelligkeit der Brandbekämpfung im Alarmfall. Eine zeitgemäße, funktionstüchtige Ausstattung der Feuerwehren mit Löschfahrzeugen, Bergungsgerät und Rettungskleidung ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die nicht deutlich genug unterstrichen werden kann. Die FDP Waiblingen wird stets darauf hinweisen, dass Gefahrenabwehr, Rettung und Schutz durch die freiwilligen Feuerwehren nur dann auf hohem Niveau gesichert sein kann, wenn auch der Selbstschutz der Retter durch hochwertige Ausstattung gewährleistet ist. Die psychologische Betreuung und Nachsorge der Helfer im Katastrophenfall muss ebenfalls gesichert sein.

⁷ Der der alten Führerscheinklasse 3 entsprechende neue Führerschein der Klasse B berechtigt nur noch zum Führen von Kraftfahrzeugen bis zu 3,5 Tonnen statt bisher 7,5 Tonnen. Der neue Führerschein der Klasse C 1 deckt Kraftfahrzeuge zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen ab. Die neue Klasseneinteilung stellt die Feuerwehren vor Probleme, weil der vorhandene Fuhrpark noch darauf ausgerichtet ist, dass die Inhaber des Führerscheins der alten Klasse 3 berechtigt sind, Kraftfahrzeuge auch über 3,5 Tonnen zu führen.

Auf sich ändernde Anforderungsbedingungen an die Feuerwehren muss die Verwaltung zeitnah und flexibel reagieren. Die FDP Waiblingen unterstützt jede Form der Würdigung und öffentlichen Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements unserer Feuerwehrleute.

Kommunale Kulturpolitik

Die aktuelle Lage

Die Kulturpolitik ist in Deutschland traditionell vor allem Aufgabe von Land und Gemeinden. Noch heute fließt fast die Hälfte der finanziellen Mittel in der Kulturpolitik über kommunale Haushalte, jedoch mit fallender Tendenz. Dabei macht es gerade auch die Funktion kultureller Einrichtungen als Standortfaktor notwendig, der Thematik im Wettbewerb zwischen Kommunen mehr Spielraum einzuräumen. Kulturpolitik darf auch in finanziell schweren Zeiten in den kommunalen Haushalten nicht als „Steinbruch“ dienen. Für Liberale kann die in kaum einem Bereich stärker erkennbare Verflechtung von privatwirtschaftlichem, staatlichem und bürgerschaftlichem Engagement nur vor Ort effizient und unter Beteiligung vieler erreicht werden. Gleichzeitig gilt es, die Kultur nicht nur vom Sparzwang öffentlicher Haushalte abhängig zu machen, sondern alternative Möglichkeiten der Finanzierung fortzuentwickeln. Auch die Suche nach diesen Konzepten kann nur vor Ort befriedigend durchgeführt werden. Gerade die Möglichkeit, private Finanzquellen zu erschließen, ist stark von den örtlichen Gegebenheiten abhängig.

Liberale Grundsätze

Die Kulturförderung ist integraler Bestandteil der Kommunalpolitik und muss von überproportionalen Kürzungen bei Haushaltssanierungen verschont bleiben. Bürgerschaftliches Engagement steht zunehmend im Mittelpunkt kommunaler Kulturpolitik und muss entsprechend unterstützt werden. Kürzungen bei Vereinszuwendungen können bei Haushaltssanierungen nur letztes Mittel sein, da gerade in Städten und Gemeinden ein kulturelles Leben ohne aktive Vereine nicht denkbar ist. Darüber hinaus müssen von der Kommune kostengünstige Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen wie etwa Veranstaltungsorte oder Proberäume für Jugendliche vermittelt werden. Bürokratische Hemmnisse für private Kulturförderung müssen abgebaut werden. Die Musikerziehung über Musikschulen muss weiter gewährleistet werden. Ein größerer Schwerpunkt ist dabei auf deren ursprüngliche Aufgabe zu legen, einen leichteren Einstieg in die Musikausbildung zu ermöglichen. Dazu zählt ein größerer Anteil an Gruppenunterricht. Je nach örtlichen Gegebenheiten muss auch bei den Musikschulen auf Privatisierung oder Private-Public-Partnership gebaut werden. In den Programmen der

Volkshochschulen sollen kulturelle Angebote angemessen Beachtung finden.

Zur Situation in Waiblingen

Neben den kommunalen Kulturstätten, insbesondere der Galerie Stihl Waiblingen, dem Kulturhaus Schwanen und dem Bürgerzentrum, tragen auch zahlreiche Vereine und Organisationen zum vielfältigen kulturellen Leben bei. Kultur ist in Waiblingen keine Sache von Eliten, sondern wird durch die Teilhabe breiter Schichten der Bürgerschaft mit Leben erfüllt. Die Waiblinger Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ihr kulturelles Leben und laden auch das Umland ein, daran teilzuhaben.

Die räumliche, inhaltliche und fachliche Verzahnung der Galerie Stihl Waiblingen mit der Kunstschule Unteres Remstal darf als vorbildlich gelten. Gemeinsam mit dem Museum der Stadt Waiblingen und dem Neubau der Häckermühle bilden Galerie und Kunstschule sowie die begleitenden Ausstellungen in der Galerie im Kameralamt ein außergewöhnliches städtisches Kulturquartier von überregionaler Bedeutung.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Nach Ansicht der FDP Waiblingen sollte das vielfältige kulturelle Leben in Waiblingen als wesentlich für das Lebenswertgefühl angesehen werden. Die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement im Bereich der Kultur sollte noch stärker als bisher genutzt werden. Die Möglichkeit zur Schaffung der Kunst-Galerie aus den Mitteln der Stihl-Stiftung ist ein herausragendes Beispiel für die vorbildliche Verflechtung von privatwirtschaftlichem, öffentlichem und bürgerschaftlichem Engagement im Kulturbereich zum Wohle des Lebenswertgefühls in Waiblingen. Die Bereitschaft zum Mäzenatentum kann jedoch auch im Kleinen beginnen und sollte verstärkt geweckt werden. In Waiblingen ansässige ausländische Kulturvereine bleiben aufgefordert, sich kreativ und engagiert in das kulturelle Leben der Stadt einzubringen und somit nicht nur dessen Vielfalt zu bereichern, sondern auch Gelegenheiten zur Begegnung und zum gegenseitigen Verständnis mit der einheimischen Bevölkerung zu eröffnen.

Tourismus

Die aktuelle Lage

Baden-Württemberg ist das Bäderland Nr. 1, das Kulturland Nr. 1 und auch das Kulinaristikland Nr.1 mit der höchsten Sternendichte Europas. Diese Spitzenstellung verdankt Baden-Württemberg neben Land und Leuten auch einer liberalen Wirtschaftspolitik, die sich seit Jahren für den Tourismus im Land einsetzt. So haben wir die Laden- und

Sperrzeiten dereguliert, die Trinkgeldbesteuerung abgeschafft, das Hotelprivileg bei den Rundfunkgebühren für Hotels unter 50 Zimmern erhalten, Flexibilisierungen beim Arbeitsrecht, z.B. beim Jugendschutz, um die Ausbildungschancen junger Menschen zu erhöhen, durchgesetzt. Tourismus ist für viele Kommunen in Baden-Württemberg zu einem wichtigen, wenn nicht zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden.

Libérale Grundsätze

Städte und Gemeinden sollten bestrebt sein, in Baden-Württemberg ihren Stellenwert als Tourismus- und Urlaubsstandort zu stärken. Dies können organisierte Marketingverbände sein, die eine Feinabstimmung zwischen allen Attraktionen in der Gemeinde mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe vornehmen. Kommunen müssen die Verbesserung des barrierefreien touristischen Angebots voranbringen, damit angesichts des demographischen Wandels die Ferienorte für die Zukunft gerüstet sind. Städte und Gemeinden sollten auf eine Fortentwicklung des erfolgreichen „sanften“ Tourismus auch durch den weiteren Ausbau und die Vernetzung von touristisch relevanten Fernwanderwegen und Fernradwegen setzen.

Zur Situation in Waiblingen

Waiblingen bietet mit seiner historischen Altstadt und seinen umliegenden Ortschaften ein lohnenswertes Ziel für Besucher. Gerade diese Einbettung der Altstadt in eine erlebenswerte Landschaft prädestiniert Waiblingen geradezu als touristischen Anziehungspunkt. Tourismus ist für Waiblingen ein weiterer Beitrag für eine lebendige Stadt innerhalb und außerhalb der Ladenschlusszeiten. Tourismus und ein lebenswertes Waiblingen für die hier wohnenden Menschen gehen also Hand in Hand. Die sich durch den zunehmenden Trend zum Weintourismus im Remstal entwickelnden Möglichkeiten werden in Waiblingen – insbesondere auch im Vergleich zu den benachbarten Städten Fellbach und Schorndorf – bisher jedoch nur unzureichend genutzt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung einer lebenswerten Stadt sollten stets auch als Maßnahmen der Tourismusförderung begriffen werden. Tourismus bereichert das Leben in Waiblingen wie auch das Lebenswertgefühl der Bevölkerung, dem Tourismus eine Basis gibt. Die Nähe zu touristischen Attraktionen der benachbarten Gemeinden sollte nicht als Konkurrenz, sondern als Bereicherung des eigenen Angebots verstanden werden. Waiblinger Tourismuspolitik kann nicht an den Stadtgrenzen Halt machen und darf sich nicht in „Insellösungen“ erschöpfen. Nur durch die Verflechtung mit dem Umland ist Waiblingen für Touristen auch mit weiterem Anreiseweg wirklich attraktiv.

Waiblingen sollte seine touristische Rolle als „Hauptstadt und Herz des Remstals“ betonen. Hierzu sollte die touristische Kooperation mit dem Verkehrs-Verein „Remstal-Route“ e.V. intensiviert werden. Die FDP Waiblingen sieht den Bedarf zur Ansiedelung eines weiteren Hotels von mittlerem bis gehobenen Standard. Dies würde insbesondere auch den Markt für Tagungen und Kongresse öffnen und eine erweiterte Nutzung des Bürgerzentrums für größere Veranstaltungen dieser Art ermöglichen.